Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

[illegible] Nr. 926] Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt". [illegible] Nr. 975

Der „Lübecker Volksbote" erscheint jeden Abend [illegible] an Sonn- und Festtagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Wahmstraße Nr. 29, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.20. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 6694, letzter Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg. auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

No. 148 — Freitag, den 29 Juni 1906. — 13. Jahrg.

Beilage.

Zum Quartalswechsel

richten wir an unsere Leser und Freunde die Bitte, durch Werbung neuer Abonnenten für die weitere Ausbreitung des „Lübecker Volksbote" Sorge tragen zu wollen.

Für die Arbeiterschaft besteht auch im Sommer die Notwendigkeit, sich fortgesetzt über den Stand der politischen Ereignisse zu informieren. Zwar sind die Parlamente auf einige Monate in die Ferien gegangen und auch die leitenden Staatsmänner und Parlamentarier befinden sich zum größten Teil auf Erholungsreisen. Der Arbeiter aber hat keine Ferien.

Vor allen Dingen aber geht auch in den Sommerferien **das Elend, die Arbeitslosigkeit, die Not** der breiten Volksmassen weiter. Die niederdrückende Sorge um das tägliche Brot, die Furcht, ob wohl morgen noch Arbeit und Verdienst vorhanden sein wird; ferner die Ungerechtigkeit der heutigen Gesellschaftsordnung — das alles muß der Arbeiter Sommer und Winter über sich ergehen lassen.

Aber es ist ein Unterschied, ob man sich vorreden läßt, wie dies die bürgerlichen Klatschblätter tun, daß diese Unvollkommenheit der Welt nun einmal unabänderlich sei, daß es immer Arme und Reiche gegeben habe und geben werde, daß es den Armen auf Erden dereinst um so besser im Himmel gehen werde, je schlechter sie es hier unten gehabt haben, oder ob man selbst Hand mit angelegt, um die Ursachen der Unvollkommenheit der bürgerlichen Weltordnung aus der Welt zu schaffen, ob man sich mit seinesgleichen, mit den anderen Entrechteten und Ausgebeuteten zum gleichen Zwecke zusammenschart.

In diesem Kampfe ist **die Presse die Führerin**, der Herold. Aber **nur die Arbeiterpresse**. Die bürgerliche Presse kann diese Aufgaben gar nicht erfüllen, weil sie im Dienst der herrschenden, ausbeutenden Klasse steht und alles aufwendet, um diese Klasse gegen die arbeitende Klasse zu schützen. **Wenn deshalb ein Arbeiter ein bürgerliches Blatt liest, so begeht er damit direkten Verrat an seinen Klasseninteressen. Denn das Blatt will ihn verwirren, ihn abbringen von seinen Zielen.**

Anders die Arbeiterpresse! Sie will den Kampf der Arbeiterklasse organisieren helfen; sie will aufklären, aufmuntern, begeistern; sie steht jede Minute auf dem Posten, um irgend eine Schwäche der Gegner auszuspähen und sie zum Vorteil der Arbeiterschaft auszunützen; sie berichtet über die Kämpfe der Arbeiter, der Gewerkschaften in anderen Städten, kurz, die Arbeiterpresse arbeitet nur im Interesse der Arbeiter.

Aber nicht nur den Kampf allein hat sie auf ihre Fahne geschrieben. Die Arbeiterpresse will auch belehren und unterhalten. Darum bringt ein sozialdemokratisches Blatt auch Artikel aufklärenden, belehrenden Inhalts, darum legt es Wert auf gediegenes, abwechselungsreiches Feuilleton. In dieser Beziehung steht die Arbeiterpresse nicht nur nicht hinter den bürgerlichen Blättern zurück, sondern es ist mehrfach anerkannt, daß sie ihnen weit überlegen ist. Sie ist ihm aber noch unendlich überlegen durch Klarheit des Wollens, durch Zuverlässigkeit der Ueberzeugung, durch die mutige Entschlossenheit des Vorgehens, durch die Rücksichtslosigkeit der Kritik, die bei sozialdemokratischen Blättern nicht durch geschäftliche Nebenzwecke irgend welcher Art beeinflußt wird, und die deshalb auch wegen ihrer Unbestechlichkeit gefürchtet wird.

Der Abonnementspreis des „Lübecker Volksbote" beträgt zwei Mark vierteljährlich oder 70 Pfg. monatlich.

Wer es ehrlich meint mit sich und seinen Mitmenschen, wem der endliche Sieg des Sozialismus am Herzen liegt, der lese nicht nur selbst das Organ der werktätigen Bevölkerung, sondern schaffe auch neue Freunde dem

„Lübecker Volksbote".

Moral Insanity.

☾ Das Pharisäertum unserer „Wohlanständigen" zeitigt oft wundersame Blüten. Hin und her findet man in den Organen der bürgerlichen Presse tiefsinnige Betrachtungen darüber, daß das Verbrechen doch wohl nicht immer bloßer Niedertracht der Verbrecher, sondern unter Umständen auch anderen Ursachen geschuldert sei. Es gebe eine Anzahl Menschen, denen der Sinn für das, was recht sei, fehle; Menschen, die durchaus nicht das Gefühl haben, etwas Unrechtes zu tun, wenn sie bei Verfolgung ihres eigenen Vorteils auf andere nicht die geringste Rücksicht nehmen, und die sich deswegen nicht scheuen, andere um des eigenen Vorteils willen tot zu schlagen. Solche Menschen werden dann als geistig nicht normal bezeichnet und man hat für ihren Zustand die englische Bezeichnung „moral insanity" erfunden, was wörtlich übersetzt „sittlicher Wahnsinn" heißt und soviel bedeuten soll, daß dem davon Betroffenen die geistige Fähigkeit abgeht, zwischen Recht und Unrecht zu unterscheiden.

Uns Sozialdemokraten kann diese Spintisiererei nur Mitleid, zugleich aber auch Abscheu erregen. Denn es gehört doch eine starke Portion Pharisäertum und Heuchelei dazu, so zu tun, als ob man unter heutigen Verhältnissen geistig nicht normal sein müsse, um dem eigenen Vorteil allen Rücksichten auf den lieben Nebenmenschen voranzustellen. Als ob das nicht vielmehr die Signatur unserer Zeit wäre! Als ob die Normalen etwas anderes täten! Als ob nicht gerade die Sittenprediger, die so hochmütig auf den Verbrecher herabsehen, fort und fort nach eben dem Grundsatz handelten, den sie brühwarm als geistigen Defekt hinzustellen versuchen! Ja, als ob nicht der Verbrecher, der zum Totschlag greift und die Gefahr der Verfolgung und Bestrafung auf sich nimmt, noch immer durch eine gewisse brutale Ehrlichkeit sich als sittlich höher stehend erweist, als der „untadelige Ehrenmann", der unbekümmert um des lieben Nächsten langsames Verhungern seine Kreise zieht und seinen Vorteil verfolgt, ohne jemals das Strafgesetz zu verletzen!

Gewiß existiert die moral insanity, daran ist kein Zweifel. Gewiß gibt es Menschen, die von jeder Gewissensbeschwerde frei andere zu Grunde richten, weil sie nur ihr gutes Recht auszuüben meinen. Aber Unsinn ist es, sie als nicht normal hinzustellen. Vielmehr sind, die so handeln, gerade die Normalen unseres kapitalistischen Zeitalters, und wie gesagt, die offenen Verbrecher sind lange nicht die Schlimmsten.

Einen blendenden Beweis, wie sehr gerade den „führenden Geistern der Nation" jeder Sinn für Recht und Unrecht abgeht, liefert die neueste Wendung der Affäre Puttkamer. Herrn Jesko sind bekanntlich Dinge vorgeworfen, die wahrlich keine Kleinigkeiten sind. Wir erinnern nur an die Paßfälschung unter Mißbrauch der Amtsgewalt. Man konnte nicht umhin, sich auch in staatserhaltenden Kreisen ein wenig zu entrüsten, aber — viel war's nicht. Es kam die Andeutung, daß der Herr Gouverneur mit 12000 Mk. pensioniert werden solle, ein Disziplinarverfahren aber habe er selbst nicht für erwünscht gehalten. Das löste wiederum in der bürgerlichen Presse einige Aufregung aus. Nun aber kommt die amtliche Feststellung, daß die Enthüllung wirklich und wahrhaftig richtig sei, und sofort ist die flammende Empörung da!

Worüber? Ach, nicht etwa über Herrn Puttkamers Taten. Auch nicht darüber, daß sie vertuscht und dem „hohen" Täter noch eine Belohnung gegeben werden soll. Sondern darüber, daß der wahre Sachverhalt bekannt geworden ist!

Man muß es selbst lesen, um es zu glauben. „Ein Kolonialskandal" überschreibt z. B. die „Deutsche Tageszeitung" ihre Notiz. Gespannt haftet der Blick darauf. Meint man doch sicher, einen ganz neuen Fall zu finden. Und was muß das für ein Skandal sein, wenn sogar die „Deutsche Tagesztg." ihn an die große Glocke hängt! Aber nein, es handelt sich um Herrn v. Puttkamer. Und was ist es nun, das das konservative Blatt in so grimmige Entrüstung versetzt? Man höre:

„Um so empörter mußte man sein, als die „Hamburger Nachrichten" . . . . . den Beweis lieferten, daß es sich hier tatsächlich um die Veröffentlichung des echten Wortlauts eines vertraulichen Berichts handelt, die nur durch einen ganz unentschuldbaren Bruch der Amtsverschwiegenheit möglich geworden sein kann . . .

„Der Bericht (so melden die „Hamb. Nachr.) ist tatsächlich ergangen, sein Inhalt ist . . . mit einer in Deutschland kaum erhörten Verletzung der Amtspflicht und des Amtsgeheimnisses auszugsweise entwendet und . . . der Presse übergeben worden . . . Im Interesse der Aufrechterhaltung der Integrität (Ehrenhaftigkeit) unseres Beamtentums ist dringend zu wünschen, daß die Schuldigen festgestellt und von der ganzen Schwere des Gesetzes getroffen werden . . ."

Und die „Deutsche Tagesztg." bemerkt weiter dazu:

„Man steht hier geradezu entsetzt vor der Enthüllung einer Korruption, die bisher denn doch kaum Mensch in Deutschland für möglich gehalten hätte . . . die größte Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß es im Kolonialamt Beamte gibt, die unter Bruch ihres Diensteides der oppositionellen Presse einen streng vertraulichen Bericht ausgeliefert haben . . . Das eröffnet „einen Ausblick von erschreckender Bedeutung; und die Notwendigkeit einer Reform des Kolonialamts an Haupt und Gliedern findet hier einen geradezu niederschmetternden Beleg."

Wenn auch wir einmal den Ausdruck „normal" anwenden dürfen, so muß der sittlich normale Mensch vor diesem Wutausbruch zunächst wie vor einem Rätsel stehen. Dieselben Zeitungen, die an der Affäre Puttkamer selbst ohne die geringste Aufregung vorübergegangen sind, die ebenso alle die früheren Kolonial- und sonstigen Skandale mit völligem Gleichmut ertragen haben, geraten derart außer sich, weil ein Schriftstück an einen ihnen unbequemen Ort gelangt ist? Daß der Schuldige frei ausgehen und sogar noch belohnt werden soll, läßt sie kalt; daß aber sich jemand gefunden hat, der dazu nicht schweigt, sondern dem Recht zum Siege verhelfen will, das versetzt sie in rasende Wut? Nicht einen Augenblick kommt ihnen der Gedanke, daß die Tat — wenn sie überhaupt geschehen ist — auch von einer anderen, von einer höheren Sittlichkeit aus bewertet werden kann!

Wir unsererseits glauben nicht, daß Beamte an der Veröffentlichung überhaupt beteiligt sind. Es wäre das von der „Freis. Ztg." wenigstens sehr ungeschickt, wenn sie sich das Material nicht auf anderem Wege zu beschaffen gewußt hätte. Aber wenn's schon so wäre! Liegt denn nicht der Gedanke sehr nahe, daß dann eben ein Beamter in gerechter sittlicher Empörung über das Unrecht, das er geschehen sah, sich der höheren Pflicht erinnerte, die er dem Vaterlande, der Gesamtheit schuldet, und dieser Pflicht genügte trotz der persönlichen Gefahr, in die er sich dadurch begab?

Auch nicht die Spur eines solchen Gedankens kommt den konservativen Blättern. Wie geht das zu, wie ist das zu erklären? Geht daraus nicht klar hervor, daß die Begriffe von Recht und Sittlichkeit, die für uns wie für die Masse des Volkes die reinsten und höchsten sind, ihnen vollkommen fremd und unbekannt sind? Daß sie gar keinen Sinn dafür haben und folglich in hohem Grade an »moral insanity« leiden? — Ach nein, die Sache erklärt sich viel einfacher. Die Scherze der Herren Puttkamer und Konsorten sind feudale Standesvergnügen, welche der von den „Hamb. Nachr." und der „Deutsch. Tagesztg." vertretenen Klasse nichts schaden. Deshalb werden sie nicht tragisch genommen. Wenn sie dagegen den Beamten nicht trauen können, wenn sie befürchten müssen, daß durch diese ihre Intimitäten ans Licht kommen, dann ist der Schade, der der feudalen Klasse erwächst, nicht abzusehen. Daher ihre Wut.

Doch noch viel höhere Stellen leiden offenbar an der gleichen moral insanity. Wie man weiß, hat die Regierung, die den Taten des Herrn Puttkamer gegenüber eine so unendliche Langmut bewies, in dieser Angelegenheit mit einer bei ihr geradezu unheimlichen Fixigkeit und Energie gearbeitet. Schon am Donnerstag abend hat man in den Redaktionen der „Freis. Ztg." und der „Germania" gehaussucht, und in der „Nordd. Allg. Ztg." wird bekannt gemacht:

„. . . Nach Lage der Umstände kann dies (die Veröffentlichung) nur durch schwere Verletzung der Amtsverschwiegenheit geschehen sein. Schon frühere Vorkommnisse haben den Eindruck hinterlassen, daß Beamte der Kolonialabteilung grobe Vertrauensbrüche begehen."

Das ist richtig. So hat z. B. Jesko von Puttkamer das Vertrauen des Volkes, das jeder Beamte in so hoher Stellung genießt, durch sein ganzes Verhalten schnöde gebrochen; ein gleiches gilt von den Leist, Wehlau, Peters, um nur an diese bekanntesten Fälle zu erinnern. Aber an solche Vertrauensbrüche denkt die Regierung nicht, bei ihnen hat sie zu so schnellem Einschreiten keine Veranlassung gefunden. Ihr ist es nur um die Auslieferung des Schriftstücks zu tun, die, wie gesagt, sehr wohl erfolgt sein kann, um den wirklichen Vertrauensbrüchen endlich einmal ein Ende zu bereiten.

Es ist richtig, die Anschauungen von Recht und Sittlichkeit in „hohen" Kreisen und in den „niederen" Massen des Volks sind ganz verschieden; mit denselben Worten bezeichnen die einen ganz etwas anderes als die anderen; sie sind, um mit Lassalle zu reden, Barbaren für einander, weil sie wohl dieselben Worte gebrauchen, aber doch nicht dieselbe Sprache sprechen. Sie können einander nicht verstehen, denn was der eine edle Aufopferung für ein sittliches Ideal, für das allgemeine Wohl, nennt, das nennt der andere Korruption, Vertrauensbruch, Unehrenhaftigkeit. Wo aber wiederum der andere die wirkliche Korruption, den wirklichen Vertrauensbruch, das wirkliche Verbrechen erblickt, da sieht der eine nur unbedeutende Kleinigkeiten, wenn nicht gar treue Erfüllung der Amtspflicht. Man denke an Schöne-Brockhusen und an die Polizeitaten in Breslau; den Herrschenden fehlt der Sinn für das, was der Masse des Volkes als Recht und Sittlichkeit gilt. Moral insanity.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Nu, nu! An eine Erweiterung des Flottengesetzes denkt man, wie die „Tägl. Rundschau" im Gegensatz zur „Schles. Ztg." feststellen zu können glaubt, an denjenigen Stellen, die um diese Zeit von einem solchen Vorgange der verbündeten Regierungen für den Winter längst unterrichtet sein müßten, keineswegs. — Wer's glaubt, wird selig!

Bei der Reichstagsersatzwahl für den verstorbenen Reichstagsabgeordneten Lenzmann (Altona-Ifferlohn) wurden bis gestern abend 10¾ Uhr gezählt: 1) für Haarmann (NL.) 5641, 2) Müller (FVp.) 7122, 3) Klocke (Z) 6527, 4) Haberland (SD.) **9936** und 5) Rueffer (christlich-soz.) 1349 Stimmen. **Wenn auch dieses Resultat noch nicht vollständig ist, so ist doch Stichwahl zwischen Gen. Haberland und dem Freisinnigen sehr wahrscheinlich.** — 1903 erhielten: die Sozialdemokratie 10 146, die Freisinnigen 7737, die Nationalliberalen 7440, das Zentrum 6604 und die Christlich-Sozialen 1457 Stimmen.

Die weiße Weste. Der frühere Generalissimus von Südwest, von Trotha mit Namen, ist, wie schon gestern kurz gemeldet, am Montag von den Spitzen der vielbesprochenen Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes weggegessen worden. Es wurde, wie es längst üblich geworden, bei dieser Gelegenheit auch geredet. Der Prinz, der noch kein Staatssekretär ist, widmete dem scheidenden Generalleutnant „Dank- und Abschiedsworte". Und der General grollte also zurück:

> Ich bin der älteste deutsche Offizier und einer der ältesten Beamten der Kolonialabteilung und trage den Khaki-Rock und den Tropenhut in verschiedenen Formen und mit einigen Unterbrechungen seit 12 Jahren. Daß dieser Rock auch mein Sterbehemd werden würde, dessen war ich mir bewußt, als ich zum drittenmal im Mai 1904 hinausging. Aus welchen Gründen er dies nicht geworden ist, zu erörtern, liegt außerhalb von Zeit und Ort des Augenblicks. Mir genügt mein Bewußtsein, als Soldat und Beamter meine Schuldigkeit getan zu haben, und das sichere Empfinden, aus allen drei Phasen meiner überseeischen Laufbahn mit weißer Weiße zurückgekehrt zu sein. Die Geschichte wird vielleicht einmal auch ohne Indiskretion meine Berichte vom Jahre 1897 und die der letzt verflossenen Jahre zur Veröffentlichung bringen und es beweisen, daß ich fast alles so vorausgesagt habe, wie es gekommen und wahrscheinlich auch noch kommen wird. Die Geschichte wird darüber ihr Urteil fällen, ob ich grundlos der grausame Kriegführer war und ob dieser Krieg auf andere Weise endgiltig zu beendigen ist .... Die Entwicklung der Erde und ihrer Staatenbildung wird weiter vor sich gehen, und das eiserne Rad der Zeit wird die Redner und Volkstribune mit ihren Parteiinteressen zermalmen.

Der gestürzte General trägt großen Unmut und tiefe Verbitterung auf der Kriegerseele; er will und darf aber nichts ausplaudern und beruft sich daher auf das Urteil der Geschichte, die seiner Kriegführung einmal Gerechtigkeit widerfahren lassen werde. Solange braucht er sicherlich nicht zu warten. Die Gegenwart hat schon fleißig Geschichte geschrieben und seine Erlasse gebucht, durch die die völlige Ausrottung der Schwarzen proklamiert wurde, in denen er Prämien auf die Köpfe der führenden Feinde aussetzte und Anordnungen traf, durch die Hunderte und vielleicht Tausende unschuldiger Weiber und Kinder dem Tode des Verdurstens in den wüsten, wasserlosen Gegenden ausgesetzt wurden! Das nennt dieser vom „Rassenkampf" durchlohte preußische Generalleutnant dann: mit weißer Weste zurückkehren. Es wird nur Wenige geben, die ihm dieses Selbstzeugnis als eigenes nachsprechen werden. Und wäre der Trotha-Abschnitt in dem Kolonialkriege von Südwestafrika nicht so blutig ernst, man könnte auf ihn einen Gassenhauer variieren:

> Ach, Mensch, hast du 'ne Weste an,
> Von weiß ist keine Spur —
> Der Feinde Blut setzt Flecken an
> Und Blut durchtränkt sie nur. — —

Aehnlich hat auch der neue Gouverneur von Südwest, Lindequist, gedacht. Er wollte mit der „weißen Weste" nichts zu tun haben. Erst als der Gipsverband verschwunden, übernahm der Humanitätsdusler die Leitung.

Der nationalliberalen Reichstagsfraktion wird in der „Köln. Ztg." erneut der Text ob ihrer steuerfreundlichen Haltung gelesen. Das Blatt meint: „Unzweifelhaft ist die Haltung der Reichstagsfraktion bei der Beratung der Reichsfinanzreform von weiten Kreisen der Wählerschaft nicht gebilligt worden, und die Folge ist, daß die Abgeordneten sich jetzt bemühen, die Wähler über die Gründe ihrer Stellungnahme aufzuklären. Das dürfte aber im allgemeinen nicht die richtige Art einer Verständigung der Abgeordneten mit ihren Wählern sein, besser wäre es jedenfalls, wenn sich die Abgeordneten vor schwerwiegenden Beschlüssen durch Presse und Organisation mit der Wählerschaft verständigten. Dann würden sich die Abgeordneten vielleicht in manchen Fragen anders entschließen, und aus der Wählerschaft bliebe vielleicht mancher Widerspruch unerhoben, wenn ihr die Sachlage geschildert würde, wie sie sich den Abgeordneten darstellt" — Man kann aus dieser Haltung des nationalliberalen Organs zum mindesten erkennen, daß die nationalliberale Fraktion durch ihren Steuerfanatismus sich selbst um das Vertrauen ihrer Wähler gebracht hat.

Nach dem amtlichen Wahlergebnis sind in Hannover-Linden insgesamt 62 399 Stimmen abgegeben worden. Davon entfielen auf den Redakteur August Brey-Hannover (SD.) 31 803, Senator Fink-Hannover (NL.) 16 865, Rechtsanwalt v. Dannenberg-Hannover (Welfe) 11 033, Redakteur Erzberger-Berlin (Z.) 2412, Hofbesitzer Holzgrefe-Eldagsen (Bund der Landw.) 182 und den Schriftsteller Chorissewitz-Gresen (Pole) 74 Stimmen. Zersplittert sind 30. Somit ist Brey gewählt.

Eine Selbstanklage des Militarismus. Zu den grauenhaftesten Erscheinungen des abscheulichen Systems der Soldatenschinderei gehört die Mißhandlung geistig anormaler Personen. Wie oft ergab sich aus Prozeßverhandlungen das erschütternde Bild, daß ein Schwachsinniger oder gar Geisteskranker von Vorgesetzten und den durch Vorgesetzte aufgewiegelten Kameraden bis nahe Blut gepeinigt und durch eine solche Behandlung bis zum völligen Zusammenbruch oder zum Selbstmord gebracht worden war. Jedesmal erhob sich dann in der Oeffentlichkeit die Frage: wie war es nur möglich, daß man die geistige Minderwertigkeit solcher Unglücklichen nicht alsbald erkannt, so daß man derartige dienstuntaugliche Individuen überhaupt in die Armee eingestellt hatte! Die Petitionskommission des Reichstages hat sich denn auch durch die schauerliche Häufung solcher Mißhandlungsfälle veranlaßt gesehen, dem Plenum folgende Thesen vorzuschlagen:

1. Im Interesse der Rekruten, der Offiziere bezw. Unteroffizierkorps und der Tüchtigkeit unserer Armee ist dringend zu wünschen, daß bei der Auswahl des Heeresersatzes an die geistige Beschaffenheit ebenso bestimmte Anforderungen gestellt werden wie an die körperliche Tauglichkeit.

2. Um die Einstellung geistig minderwertiger Rekruten zu verhüten, ist es notwendig, daß Schul- und Militärbehörden Hand in Hand arbeiten.

3. In Orten, wo Hülfsschulen für Schwachbefähigte bestehen, wird alljährlich seitens der Schulbehörden den Ersatzkommissionen ein Namensverzeichnis der aus diesen Schulen zur Entlassung gelangten Schüler überreicht.

4. Auf dem Lande und in kleinen Städten, wo besondere Hülfsklassen für schwachbefähigte Kinder nicht eingerichtet werden können, wird der Militärbehörde ebenfalls nach der jedesmaligen Schulentlassung ein Verzeichnis derjenigen Schüler überreicht, die das Bildungsziel der Volksschule nicht erreicht haben oder als geistig minderwertig anzusehen sind.

5. Junge Leute, welche in der Zeit nach der Schulentlassung bis zum Aushebungstermin in einen anderen Aushebungsbezirk verziehen, haben bei der Meldung zur Stammrolle außer dem Geburtsschein ihr Schulentlassungszeugnis vorzulegen.

In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" beschäftigt sich nunmehr ein mit W. C. zeichnender Verfasser mit diesen Thesen, deren Tendenz er als durchaus erstrebenswert bezeichnet. Uebrigens beweise ein im Ministerialblatt für Medizinalbehörden am 15. März 1906 veröffentlichter Erlaß des Kultusministers und des Ministers des Innern an die Oberpräsidenten, wonach dem Vorsitzenden der Ersatzkommission vertrauliche Mitteilung über die geistige Anormalität Gestellungspflichtiger zu machen sei, daß die Regierung nunmehr bemüht sei, bei der Rekrutierung mit der gebotenen Vorsicht zu Werke zu gehen. Das Ungeheuerliche ist nur, daß die Militärbehörden erst durch die Petitionskommission gezwungen werden mußten, solche Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen! Hätten wir nicht endlich nach langem Sträuben, die — leider noch immer allzu beschränkte — Oeffentlichkeit der Kriegsgerichte erhalten, und wäre durch deren Verhandlungen das Parlament nicht veranlaßt worden, endlich auf Abstellung dieser durch unbegreifliche Fahrlässigkeit verschuldeten militaristischen Barbarei zu dringen, so wären nach wie vor dem alten brutalen Schlendrian jährlich Hunderte von Menschenschicksalen geopfert worden! Und doch kannten die militärischen Kreise ganz genau den Umfang des Uebelstandes. Führt doch der Verfasser des Artikels des offiziösen Blattes selbst an, daß z. B. 1901/1902 nicht weniger als 377 Geisteskranke, 429 Fallsüchtige, 329 Neurasthenikker und 242 Hysterische als Rekruten zur Einstellung gelangt sind. Und unter den 319 Fällen von Selbstmord und Selbstmordversuchen, die nach der Statistik des Kriegsministeriums in diesem Jahre vorgekommen seien, sei sicher mancher gewesen, der „mit der unseligen Handlung lediglich seine abnorme Geistesbeschaffenheit betätigte". Aber bei der bisherigen Art der Rekruteneinstellung seien solche Mißgriffe leider nicht zu vermeiden gewesen. Auch der tüchtigste Arzt könne bei der flüchtigen Untersuchung die psychische Beschaffenheit eines Rekruten nicht feststellen, ebensowenig könne bei der Rekrutenausbildung eine individuelle Behandlung stattfinden. Das sind aber ganz leere Ausreden. Leute unser Militarismus statt auf den öden und ganz überflüssigen Parade- und Gamaschendrill mehr Gewicht auf jene persönliche Ausbildung, wie sie der moderne Krieg selbst so gebieterisch erheischt, erteilte man selbst den Instruktionsunterricht nur in halbwegs vernünftiger Form, so hätte man sicher die weitaus größte Zahl der psychischen Störungen entdeckt, bevor es zur Katastrophe kam. Aber davon ganz abgesehen: warum hat man jene Vorkehrungsmaßregeln, die die Petitionskommission vorschlägt und die das offiziöse Blatt jetzt für akzeptabel erklärt, nicht längst beobachtet? Weil es unserem Militarismus auf ein paar hundert Menschenopfer jährlich mehr oder weniger nicht ankommt, weil er eben eine durch und durch kulturwidrige Institution ist!

Weiteres vom Segen der neuen Zollpolitik. Ueber die Frage, in welchem Umfange das Inkrafttreten des deutsch-österreichischen Handelsvertrags zur Ansiedelung der Deutschen in Oesterreich geführt hat, sind von der Handelskammer in Chemnitz Erhebungen angestellt worden. Danach haben in Weipert in Böhmen, um den durch die Sätze des neuen österreichischen Zolltarifs gefährdeten Export aufrecht zu erhalten, zwei Buchholzer Firmen der Luxuspapierbranche Fabriken größeren Umfangs für Papier- und Prägwaren errichtet. Vier Fabriken Plauener Stickereien haben in Weipert neue Etablissements angelegt, weil diese Artikel der hohen Zollsätze wegen von Deutschland nach Oesterreich voraussichtlich nicht mehr ausgeführt werden können. Eine Chemnitzer Trikotagen- und Herrenwäschefabrik hat sich in einer Fabrik in Weipert eingemietet. Auch wird es als wahrscheinlich bezeichnet, daß noch weitere industrielle Etablissements dort begründet werden; insbesondere sollen Verhandlungen mit deutschen Bronzewaren Fabriken schweben. Ueber die Gründung einer Strumpfwarenfabrik in Schwiedeberg in Böhmen durch einen Chemnitzer Industriellen sind Unterhandlungen im Gange. In Teplitz-Schönau wird unter Beteiligung deutschen Kapitals eine Quebrachofabrik errichtet. — Man sieht, daß deutsche Industrielle vor dem „Segen der jetzigen Handelsverträge" ins Ausland flüchten. Den Schaden davon haben in erster Linie die Arbeiter, die nur zum kleinsten Teile den ins Ausland verlegten Betrieben folgen können, weil es dort billige Arbeitskräfte gibt!

Hannover und die Nationalliberalen. Der Berliner „Nat.-Zeitung" zufolge haben die bürgerlichen Parteien auf die Einlegung eines Wahlprotestes gegen das Ergebnis der Reichstags-Ersatzwahl vom 22. Juni 1906 in Hannover-Linden verzichtet. Sie haben ganz recht, denn sie würden sich zur Blamage auch noch den Spott holen.

Feindliche Brüder. Die Antisemiten im Wahlkreise Rinteln-Hofgeismar liegen sich wegen des Reventlow-Mandats gehörig in den Haaren. Das Schimpfgefecht zwischen Deutschsozialen und Reformparteilern ist im vollen Gange. Das Organ der Liebermann'schen Richtung schreibt über die antisemitische Konkurrenten:

> „Das sind nämlich so einige Uebermenschen, die sich für auserlesen halten, den schmählich verratenen Antisemitismus aus dem deutschsozialen Sumpfe herauszuziehen, wozu ihnen inzwischen der offizielle Segen der „Reformpartei" zu teil geworden ist. Jetzt haben wir es also auch mit einem reformerischen Gegner zu tun. Uns kann es nur recht sein, wenn diese Herren allesamt den Freunden im Lande einmal ganz handgreiflich zeigen, wie notwendig seinerzeit die Trennung von ihnen war, und wir fürchten auch nicht, daß solche Kinderstreiche noch viel Unheil anrichten können. Aber die eine Folge werden und sollen sie haben: Wir werden dieser Querulantengruppe durch positive Arbeit zeigen, daß wir stark und daß sie — es nicht sind. Wir wollen ihnen die Neigung zu größeren Dummheiten recht gründlich und möglichst ein für allemal austreiben."

Die reformerische „Hess. Rundschau" vermag die Angabe der „Deutsch-Sozialen Blätter", daß Abg. Werner seiner Zeit schriftlich anerkannt habe, er werde in Rinteln-Hofgeismar sich nur als deutschsozialer Kandidat wählen lassen, nicht zu leugnen. Sie revanchiert sich aber für die peinliche Indiskretion durch einige boshafte Bemerkungen gegen den Führer der anderen antisemitischen Gruppe:

> „Die Behauptung, eigentlich sei nicht Werner, sondern Herr von Liebermann in den Jahren 1890 und 1893 der Sieger im Wahlkreise Rinteln-Hofgeismar-Wolfhagen gewesen, kann bei allen Kennern der Verhältnisse nur helle Heiterkeit auslösen. Wir lassen selbstverständlich einem alten Herrn, der auf seine Art ganz tapfer wenn auch ohne wesentliche Erfolge, im Leben gekämpft hat, gern das Vergnügen, sich den Rest seiner Tage mit holden Illusionen und harmlosen Renommistereien zu versüßen, und diese Renommistereien würden uns nicht zur Entgegnung reizen."

Für die Wähler in Rinteln-Hofgeismar, die bisher einem der Antisemiten das Mandat verschafften, muß es eine wahre Wonne sein, die verschiedenen „Richtungen" sich so abkatzbalgen zu sehen.

Der feste Wille. Daß die auf Antrag Jesko von Puttkamers gegen ihn eingeleitete Disziplinaruntersuchung sich nur auf sein Verhalten zu den Esserschen und anderen Landgesellschaften erstrecken werde, wird von dem Berliner Berichterstatter der „Münch. Neuest. Nachr." bestritten. Er schreibt seinem Blatt: „Es ist der feste Wille des Reichskanzlers und des Erbprinzen von Hohenlohe, daß nichts vertuscht und alles aufgeklärt werde." — Abwarten!

Beim Sandwüstenkrieg in Südwestafrika sind zwei Mann schwer, ein Mann leicht verwundet. Ein Reiter wird vermißt.

„Der geflickte Dreibund" freigegeben. Die Beschlagnahme der „Rhein.-Westf. Ztg." wegen des Artikels „Der geflickte Dreibund" wurde, wie aus Essen gemeldet wird, von der Staatsanwaltschaft aufgehoben.

Die Fahrkartensteuer tritt bekanntlich am 1. August in Kraft. Nunmehr hat der Bundesrat Ausführungsbestimmungen erlassen, von denen folgendes allgemeines Interesse erwecken dürfte. Zusammengestellte Fahrscheine, Buchkarten und ähnliche Fahrtausweise, bei denen die einzelnen Scheine über Teilstrecken einer Reise lauten, stellen eine Fahrkarte dar. Dasselbe gilt für die Kilometerhefte, Monats- und Zeitkarten, nicht aber für zusammengestellte Fahrscheinhefte von Reiseunternehmern, wenn ihnen die einzelnen Scheine ohne Preisermäßigung von der Eisenbahn überwiesen sind. In diesem Falle wird der einzelne Schein als Fahrkarte behandelt. Wenn die zu einem Heft, Block oder in sonstiger Weise vereinigten Einzelfahrscheine auf dieselbe Strecke lauten, so ist von jedem Schein die Stempelabgabe dann besonders zu entrichten, wenn die Scheine von dem Käufer selbst aus der Verbindung gelöst sind. Fahrkarten zu halbem Preise sind auch dann steuerpflichtig, wenn nur der ganze Fahrpreis 60 Pf. betragen würde. Stempelpflichtig sind also Kinderkarten zu 30 Pfennigen. Zuschlagskarten zu 1 Mk. und 6 Mk. sind nicht stempelpflichtig. Zuschlagskarten, die neben der Eisenbahnkarte gelöst werden, um statt der Eisenbahn das Dampfschiff benutzen zu können oder umgekehrt, werden nicht als Zusatz, sondern als stempelpflichtige Hauptkarten angesehen. Es ist unzulässig, an Reisende anstelle einer Fahrkarte höherer Klasse zwei Fahrkarten niedriger Klasse auszugeben. Vom Stempel befreit sind neben den Billets 4 Klasse u. a.: Freikarten und Freifahrscheine, Militärfahrscheine, Schülerkarten, Arbeiterkarten, Beförderungsscheine für Begleiter von Tieren oder Gütern. Bei Karten über deutsche und außerdeutsche Strecken ist nur der Fahrpreis für die deutsche Strecke stempelpflichtig. Der Bodensee ist in diesem Sinne ausländische See. Die Uferbahnen sind stempelpflichtig. Die Nord- und Ostsee gilt als Inland, wenn der Dampfer zwischen inländischen Orten verkehrt, ohne im Auslande anzulaufen. — Die Steuer kennzeichnet sich immer mehr als eine verkehrsfeindliche Einrichtung.

Rußland.

Von der Meuterei in Krasnojarsk wird jetzt folgende amtliche Darstellung gegeben: „Am Abend des 8. Juni hörte der Unterleutenant Schartin, als er an einer Kompagnie des Krasnojarsker Regiments vorüberging, ein Gelächter, das aus einer Gruppe Untermilitärs kam. Schartin kehrte um und fragte, wer gelacht hätte. Als er eine verneinende Antwort erhielt, stürzte er sich mit seinem Säbel auf die Leute. Hierbei verursachte ihm ein Soldat mit einem Instrument drei leichte Wunden am Kopf. Der Kommandeur der 16. Kompagnie Kosmin ließ darauf die Kompagnie antreten, ging auf die lachenden Soldaten los und verwundete mit seinem Säbel zwei Soldaten. Durch einen Flintenschuß wurde darauf Kosmin getötet.

Vom Heere. Vor einigen Tagen hielt in Krasnoje Selo ein Teil des Garde-Preobrajenski-Regiments ein

offenes Meeting unter teilweiser Beteiligung des Semenowschen Regiments ab. Durch energisches Einschreiten der Offiziere wurde das Meeting unterbrochen. Wie jetzt bekannt wird, gestattete der Divisionsgeneral Osorow den Soldaten, ihre Forderungen zu formulieren, bestehend aus 19 Punkten, meistens ökonomischer Art: Bessere Behandlung, bessere Verpflegung, Weihnachtsurlaub, eine Bibliothek usw.; doch finden sich auch folgende Punkte: Befreiung vom sogenannten Patrouillendienst bei der Niederwerfung von Unruhen, außerdem vollständige Solidarität mit den Forderungen der Dumadeputierten bezüglich der Landverteilung unter die Bauern, Steuerfreiheit für die politische Ueberzeugung der Soldaten. Das Schriftstück schließt: Einer für alle, alle für einen. General Osorow erklärte, einige Punkte würde er gleich erfüllen, andere gehörten vor das Forum einer höheren Instanz.

Die Ausstandsbewegung greift weiter um sich.

Oesterreich-Ungarn.

Bange machen gilt nicht. Die Arbeitgeber-Vereinigung Oesterreichs hat beschlossen, den angekündigten dreitägigen Massenausstand der Arbeiter mit entsprechenden Aussperrungen zu beantworten. Durch solche Androhungen läßt sich das Wiener Proletariat nicht ins Bockshorn jagen.

Frankreich.

Französische Steuerpolitik. Im Budget für 1907 werden zur Bestreitung von 150 Millionen dauernder Mehrausgaben folgende Maßnahmen vorgeschlagen: 1. 30prozentige Erhöhung der Erbschaftssteuer auf Nachlässe von mehr als 10000 Francs. 2 Steuerzuschlag auf Absynth und Likörweine, sowie Erhebung einer Abgabe von Mineralwässern. 3 Zehnprozentige Erhöhung der Besitzwechselabgabe von auf den Inhaber lautenden beweglichen Werten. 4. Vorgehen gegen die Unterschleife im Verkehr mit Branntwein.

In Freiheit! Die vierzehn im Dezember des vorigen Jahres durch das Pariser Assisengericht zu Strafen von 1 bis vier Jahren Gefängnis verurteilten Antimilitaristen, unter denen sich Urbain, Gohier, Gustave Hervé und zahlreiche andere Parteigenossen befinden, sind Montag in Freiheit gesetzt worden.

England.

Die alte Leier. Der „Daily Mail" wird aus Johannesburg von glaubwürdiger Seite gemeldet, daß die Lage in Natal viel ernster sei, als von amtlicher Seite zugegeben werde. Die neuen Unruhen seien der Mahnahme der Regierung zuzuschreiben, daß sie das Vieh von treu gebliebenen Eingeborenen mit Beschlag belegt habe. Eine Demonstration von Reichstruppen würde jedenfalls sehr zweckmäßig sein!!

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag den 28 Juni.

Zuzug von Holzarbeitern und Malern nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Die Sperre ist seitens des Transportarbeiterverbandes über die Fuhrbetriebe von H. Wigger, Lachswehr-Allee 5 und E. Ewers, Lachswehr-Allee 10, verhängt worden. Kein Kutscher darf dort in Arbeit treten.

Wegen Massregelung von Verbandsmitgliedern ist der Boykott über die Thüringer Wurstfabrik von Aug. Scheere verhängt worden. Arbeiter, denkt daran!

Achtung, Flußschiffer! Ueber den Betrieb von A. Holst Wwe. ist die Sperre verhängt.

Der Bürgerausschuß beschloß den Erlaß eines von uns bereits mitgeteilten Nachtrages zu der Verordnung betr. den Einbau von Wassermessern, ferner wurden der Senatskanzlei zum Ausgleich ihrer Abrechnung 3154,54 Mark nachbewilligt. Der Fehlbetrag resultiert mit daraus, daß für 100 u. E. völlig überflüssige „Ehrendenkmünzen für treue Dienste" 750 Mk. verausgabt wurden. Genehmigt wurde ein Vertrag auf Verkauf von Staatsareal an die Lübecker Schwefelsäure- und Superphosphatfabrik in Dänischburg, etwa 2380 Quadratmeter groß zum Preise von 5950 Mk., außerdem zahlt die Gesellschaft bei der Umschrift des Grundstückes 9580 Mk. an die Stadtkasse für die Einräumung des Lösch- und Laderechtes an der erworbenen Fläche. Als Staatszuschuß zur Altersversorgung der Hebammen wurden 1825,20 Mk. und zur Herstellung eines Modells der nach den Angaben des Wasserbauinspektors Hotopp hergestellten Schleusen des Elbe-Trave-Kanals 1000 Mk. bewilligt. Dieses Modell soll dem Deutschen Museum in München überwiesen werden. Beschlossen wurde, in den Anlagen vor dem Hüxtertor einige Gaslaternen mit einem Kostenaufwand von insgesamt 1465 Mark aufzustellen. Zu notwendigen Aufbesserungsarbeiten auf dem Stadtgute Crummesse wurden 562,65 Mk. nachbewilligt. Zugestimmt wurde den Verträgen, nach welchen von dem Hofe Behlendorf kleinere Areale für den Gesamtpreis von 1994 Mk. verkauft werden. Genehmigt wurde es, daß der Juwelier Berner, Breitestraße 7, und der Gastwirt Siems, Nebenhofstraße 9, ihre Vorgärten unentgeltlich an den Staat abgeben, wofür letzterer diese Fläche asphaltieren resp. beklinkern muß. Gutachtlich der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung empfohlen wurde folgender Nachtrag zum Regulativ der Sektion des Armenkollegiums für die Kinderpflegeanstalt: „§ 11 des Regulativs der Sektion des Armenkollegiums für die Kinderpflegeanstalt vom 20. September 1869 erhält die nachstende Fassung: Die Sektion hat vor den nach § 1776 des Bürgerlichen Gesetzbuches als Vormünder berufenen Personen die Rechte und Pflichten eines Vormundes für die in der Anstalt aufgenommenen Minderjährigen und behält diese Rechte und Pflichten auch nach der Beendigung der Verpflegung der Kinder bis zu deren Volljährigkeit. Mit der Aufnahme in die Anstalt endigt das Amt des bisherigen Vormundes. Ein Gegenvormund wird nicht bestellt. Der Sektion stehen die nach § 1852 des Bürgerlichen Gesetzbuches zulässigen Befreiungen zu. Die Sektion kann die ihr nach Abs. 1 zustehenden Rechte und Pflichten jederzeit ganz oder teilweise aufgeben und verlangen, daß den Minderjährigen von dem Vormundschaftsgerichte ein Vormund oder ein Pfleger bestellt werde." Zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft empfohlen wurde ein Senatsantrag, der besagt, daß die Baudeputation ermächtigt werde, die bei einzelnen Rubriken ihres Budgets für das Rechnungsjahr 1905 eingetretenen Mehrverwendungen zum Betrage von 16 808,22 Mark aus den in anderen Rubriken vorgekommenen Ersparnissen zu decken; gleichfalls befürwortet wird ein Senatsantrag, der verlangt, daß die Spar- und Darlehnskasse Schlutuper Bank, e. G. m. b. H., in Schlutup von der jedesmaligen Stempelung ihrer Sparkassenbücher bei der Eintragung einer Einlage befreit werde, unter der Bedingung, daß im Januar jeden Jahres — für 1906 nach erfolgter verfassungsmäßiger Genehmigung des Antrages — eine Aversionalsumme gezahlt wird, die auf Grund einer von dem Steuerbureau einzureichenden Nachweisung über alle im Vorjahre gemachten Einlagen, Zubelegungen und zugeschriebenen Zinsen nach dem gesetzlichen Stempel zu berechnen ist.

Zu einer Arbeitsniederlegung kam es gestern mittag bei der Kohlenfirma Heinr. Diestel, Mühlenstraße. Die dort beschäftigten Platzarbeiter verlangten eine Erhöhung ihres 19 Mk. wöchentlich betragenden Lohnes auf 20 Mk. Diese gewiß nicht unbescheidene Forderung wurde jedoch nicht bewilligt, sondern die Leute auf Freitag vertröstet, an welchem Tage der Bruder des Chefs zurückkommen würde. Dann sollten angeblich Verhandlungen stattfinden. Die Arbeiter glaubten jedoch, daß nur eine Verschleppung geplant sei, um inzwischen andere Leute anzunehmen, und legten deshalb sofort die Arbeit nieder. Herr Diestel sucht nunmehr im hiesigen Annonzenblatt, dem „G.-A.", Arbeitswillige; wir wollen hoffen, daß nach Kenntnis der wahren Sachlage kein aufgeklärter Mann seinen kämpfenden Brüdern in den Rücken fällt.

Der Bau eines Hallenschwimmbades auf der Parade im ehemaligen Schloß Rantzau scheint nunmehr Tatsache zu werden. Dem Bürgerausschusse lag gestern ein Senatsantrag auf Erbauung eines Hallenschwimmbades vor. Vor Jahren ist dafür schon das Grundstück Parade 1 angekauft worden und die Landesversicherungsanstalt der Hansestädte wollte damals den größten Teil der Baugelder hergeben. Sie zog dieses Angebot aber wieder zurück, weil sie auf die vom Senat gestellten Bedingungen nicht eingehen zu können glaubte, und daraufhin erklärte auch der Senat der Bürgerschaft, daß er zurzeit davon abstehen müsse, das Projekt weiter zu verfolgen. Darüber sind drei Jahre vergangen und die Forderung auf Errichtung einer Schwimmhalle ist von der Bürgerschaft dem Senate fortgesetzt wieder nahegelegt worden. Da sich auf eine erneute Anfrage auch die Verwaltungsbehörde und das Finanzdepartement dafür erklärten, beantragt nunmehr der Senat, ein Hallenschwimmbad mit einem Kostenaufwande von 525 000 Mk. zu erbauen. Gleichzeitig sollen die Grundstücke Kapitelstraße 5 und 7 angekauft werden, damit auch eine Schwimmhalle für Frauen eingerichtet werden kann. Der Bürgerausschuß verwies diesen Antrag zur näheren Vorprüfung an eine Kommission, in welche Dr. Meyer, Alm, Dr. Eschenburg, Heinsohn und Cuwie gewählt wurden.

Das Seeamt beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung zunächst mit dem Verschwinden des Heizers Dieselhorst vom Lübecker Dampfer „Narvik" auf der Reise von Rotterdam nach Narvik. Der seeamtliche Spruch lautete: Das Verschwinden des Heizers Dieselhorst vom Dampfer „Narvik" beruht darauf, daß der Heizer am 15. Mai gegen 4 Uhr 15 Minuten morgens unbemerkt über Bord geraten ist. Der Ausguck scheint zu dieser Stunde nicht besetzt gewesen zu sein. Das Verschulden eines Anderen am Ueberbordgeraten des Dieselhorst ist nicht festzustellen. — Weiter wurde verhandelt über den tödlichen Unfall des Arbeiters Wiechmann, der am 26. Mai im hiesigen Hafen in die Dampfwinde des Dampfers „Svithiod" geriet. Der Spruch des Seeamtes ging dahin: Der tödliche Unfall des Arbeiters Wiechmann beruht darauf, daß die Bluse des Verunglückten durch einen nicht näher aufgeklärten Umstand in das rotierende Vierkant der Vorlegewelle der Dampfwinde geraten und daß der Verunglückte durch dieses aufgewickelte Kleidungsstück zwischen das Vierkant der Vorgelegewelle und die Kurbelscheibe gezogen ist, wo er von dem rotierenden Kurbellager tödliche Schläge gegen den Kopf erhalten hat. Ein eigenes Verschulden oder das Verschulden eines Dritten hat nicht festgestellt werden können. — Die dritte Sache betraf einen Maschinenschaden des Dampfers „Lübeck" auf dessen Reise von Hamburg nach Afrika. Der Spruch ging dahin, daß die Schuld an dem Schaden der erste und zweite Maschinist trage. Schließlich wurde noch über die am 19. April erfolgte Strandung des mit Steinen beladenen Galeas-Ewers „Julius" bei Kellenhusen verhandelt. Die Mannschaft konnte glücklicherweise gerettet werden. Der Spruch des Seeamts lautete: Die Strandung des Galeas-Ewers „Julius" ist dadurch verursacht, daß der große Backbordanker, weil er offenbar unklar war, nicht im Grunde festgehalten hat, was der Schiffer Klahn, so lange das Wetter günstig war, ohne Verschulden nicht bemerkt hat. Ueberhaupt trifft den Schiffer an der Strandung kein Verschulden. Die Rettungsarbeit der Fischer Karl Radden, Friedrich Beckmann, Heinrich Schröder, Heinrich Audi und Thomas Will aus Kellenhusen verdient die Anerkennung uneigennütziger Menschlichkeit.

Einen Ausflug nach Lübeck unternehmen die freien Gewerkschaften Wismars am Sonntag den 22. Juli ds. Js.

Der „Bunte Abend", den einige frühere Mitglieder des Stadthallen-Theaters heute, Donnerstag, im „Tiergarten" veranstalten, verspricht einen interessanten Verlauf zu nehmen. An musikalische und deklamatorische Vorträge schließt sich ein Tanzkränzchen an.

Die lustigen Wiener sind in Puls' Universum in der Beckergrube eingekehrt. Wer sich einmal recht auslachen will, der gehe dorthin.

Namensänderungen. Der Senat hat dem Olaf Hermann Rudolph Brutzer-Bergengrün den Familiennamen Bergengrün verliehen; dem Paul Ernst Kraese wurde der Familiennamen Schwartz verliehen.

S. **Die Zirkus-Arena F. Riechert** auf dem Burgfelde erfreut sich alltäglich eines sehr guten Besuchs, namentlich seitens der arbeitenden Bevölkerung. Und nicht mit Unrecht. Kann man doch für wenig Geld sich auf einige Stunden ganz köstlich amüsieren. In frischer freier Luft verfolgen die Zuschauer mit Interesse die Darbietungen der verschiedenen Künstler, die selbst einen verwöhnteren Geschmack befriedigen dürften. Seiltänzer, Schlangenmensch, Trapezkünstler, Athlet, Zauberer folgen in bunter Reihenfolge; zwischendurch sorgt der nie fehlende „Aujust" für den nötigen Humor, dessen drollige Späße von der lieben Jugend stets mit ausgelassenster Heiterkeit begrüßt werden. Zum Schluß der Vorstellungen wird noch entweder eine urkomische Pantomime oder eine „Blitzfahrt im Todesring" gegeben, so daß das Programm ein so reichhaltiges ist, wie man es sich nicht besser wünschen kann. Wir können deshalb einen Besuch dieser Vorstellungen nur empfehlen.

Die Wasserwärme des Krähenteichs betrug gestern 22 Grad Celsius.

Hansa-Theater. Mit der Freitagabend stattfindenden großen Abschieds-Vorstellung des Kölner Volks-Theaters ist ein Ehren-Abend für das beliebte Direktorenpaar Baum verbunden. Es wird anläßlich dieses Benefizes das urkomische Volksstück „Das rote Julchen" gegeben und damit hat das Publikum Gelegenheit, sich nochmals herzlich auszulachen.

Wilhelm-Theater. Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Die Komödie von Adolf Paul „Hille Bobbe" gelangt Freitag auch bei uns erstmalig zur Aufführung. Das Stück, welches in scherzhaftem Gewande russische Zustände auf das Schärfste geißelt, ist aktuell und wird auch hier dieselbe beifällige Aufnahme finden, wie in Berlin, wo es den täglichen Spielplan beherrscht. Sonnabend wird als zweite Klassiker-Vorstellung „Hero und Leander" oder „Des Meeres und der Liebe Wellen" gegeben. Für diese Vorstellung haben Schülerkarten auf allen Plätzen Gültigkeit und kosten 50 Pf. Besonders möchten wir darauf hinweisen, daß Sonntag, den 1. Juli, die Vorstellung im Kolosseum stattfindet. Es wird daselbst eine einmalige Sonntags-Volksvorstellung veranstaltet. Jeder Platz im Theater kostet 50 Pfg. Zur Aufführung gelangt der Schwank „Hans Huckebein."

-r. **Schwartau.** Obstruktion im Gemeinderat. Die auf gestern Abend 7 Uhr angesetzte Gemeinderatssitzung konnte leider wegen Beschlußunfähigkeit nicht stattfinden. Es waren nur 5 Mitglieder erschienen. Die bürgerlichen Herren scheinen gegen die Abendsitzungen protestieren zu wollen. Wir müssen dies annehmen, da diese Herren in der letzten Sitzung auch nicht anwesend waren. Um so bedauerlicher ist es, wenn sich die Arbeitervertreter auch noch nicht veranlaßt sehen, in den Sitzungen zu erscheinen. In der nächsten Sitzung, welche am Montag oder Dienstag stattfindet, soll nun Beschluß gefaßt werden über die Höhe der Strafen wegen Nichterscheinens.

d. **Eutin.** Gemeinderatssitzung vom 26. Juni. Zur Beratung stand 1. die Anlegung einer Wasserleitung in zweiter Lesung. Es wurde hauptsächlich deshalb gegen die Errichtung einer Wasserleitung in städtischer Regie gesprochen, weil dieselbe nicht rentabel sei. Der Genosse Rebenstorf bemängelte scharf, daß nicht einmal öffentliche Zapfhähne vorgesehen wären, obwohl die Arbeiter doch mit zu den Kosten herangezogen würden und schließlich gar keinen Vorteil davon hätten. Der Bürgermeister antwortete, hier in Eutin würden 73 000 Mk. Gemeindesteuern aufgebracht, von denen die Arbeiter nur 5 bis 6 Tausend Mark bezahlten. Hierauf meinte der Herr Professor Kühn, wenn die Arbeiter sich der Wasserleitung anschlössen, so koste es ihnen nur 4 Pfennig den Tag; diese Summe könnten sie gerne bezahlen. Darauf bemerkte sogar Bureauvorsteher Krützfeld, das würde einen jährlichen Betrag von über 14 Mk. ausmachen, den die Arbeiter nicht für ihr Wasser aufbringen könnten; 14 Mk. bedeute ungefähr einen ganzen Wochenlohn. Nunmehr wurde das Projekt mit allen gegen 2 Stimmen abgelehnt. Ein weiterer Antrag, die Wasserleitung einem Privatunternehmer zu übergeben, wurde an eine Kommission verwiesen. Der Antrag, 200 Mk. zu den Vorarbeiten der Schiffbarmachung der Schwentine zu bewilligen, wurde angenommen. Es ist mindestens im höchsten Grade zweifelhaft, ob das Geld nutzbringend angelegt wird, da voraussichtlich das ganze Projekt wegen seiner Kostspieligkeit nicht zur Ausführung gelangen wird.

Malente. Die Landbündler hatten am Sonntag das Bedürfnis, ein sogenanntes Waldfest zu feiern und so war denn alles, was Beine hatte und sich zum Bunde rechnete, aus dem Fürstentum und anderen entfernteren Gegenden zusammengekommen, um phraseologische Lungengymnastik zu betreiben. Als „Vorsitzender" des Festes fungierte v. Levetzow-Sielbeck, der erst kürzlich durch seine Verurteilung wegen Zweikampfes eine größere „Berühmtheit" erlangt hat. Nach einem kurzen Speech dieses Herrn, juckte es dem Gemeindevorsteher Kreuzfeld in der Kehle, und mit einigen wohlgelernten Redensarten pries er den Bauernstand über den grünen Klee, der sich — man denke — des Wohlwollens der Fürsten und Regierungen erfreue! Allerdings sind es u. E. weniger die Bauern, als die Großgrundbesitzer, welche durch das Wohlwollen der Regierung auf Kosten der Allgemeinheit Vorteile erzielen. Nunmehr kam die Hauptattraktion in Erscheinung, der christliche Pfarrer und Landbündler Heckenroth, der in beweglichen Worten bedauerte, daß man mit dem Zolltarif dem Volke nicht ganz das Fell über die Ohren gezogen habe. Er hofft jedenfalls, daß das noch kommen wird. Weiter kam der Vertreter des Christentums auf die Fleischnot zu sprechen; die hiergegen eingeleitete Agitation bezeichnete er als Fleischnotrummel, wie ja überhaupt die ganze Fleischnot Schwindel sei. Man kann hieraus ersehen, wie wenig Wert ein Pfarrer den amtlichen Zahlen beilegt, durch welche die Fleischnot klar bewiesen wurde. Natürlich bekam auch die Sozialdemokratie ihr Teil. Mit viel Phantasie aber wenig Wahrheitsliebe sprach der Bundespfarrer u. a. davon, daß von der sozialdemokratischen Presse seinerzeit bedauert wurde, daß das Attentat auf den König von Spanien nicht erfolgreich gewesen sei. Wenn damals auch betont worden ist, daß unsererseits kein Anlaß vorliegt, in die bürgerlichen Entrüstungsfaseleien gegen die Anarchisten einzustimmen, so ist doch nirgends ein derartiges Bedauern ausgesprochen, wie der eigenartige Festredner der sozialdemokratischen Presse unterstellt. Den Schluß der landbündlerischen Festpredigt bildete eine Empfehlung an den Mittelstand, dessen bester Freund der Bund der Landwirte sei. Anscheinend geht diese Freundschaft bis zum Auffressen, denn durch die unsinnige Zollpolitik werden viele mittlere Existenzen vernichtet. Nachdem der „starke Beifall", mit dem Heckenroths Ausführungen aufgenommen wurden, sich soweit gelegt hatte, daß die Stimme des nächsten Redners durchdringen konnte, erhielt das Wort der Bundeshäuptling v. Wangenheim. Zunächst segelte er ganz im Fahrwasser des obgenannten Priesters; dann meinte er: Gegen die Sozialdemokratie wäre der Bund der Landwirte aus purer Selbsterhaltung zum Angriff übergegangen. Aus diesem Kampfe haben wir gemerkt, daß der Gegner uns überlegen ist in seiner Presse. Sie versteht alles auszuposaunen oder auch alles zu verschweigen, je nachdem es am Platze ist oder nicht. Darin muß man von den Gegnern lernen. Die Frage nach der Staatsform erscheint dem Redner wenig einträglich. Ideal betrachtet, ist es die republikanische, in Tatsache aber die monarchische. Es hat ihn, den Redner, außerordentlich wohltätig berührt, daß zwei kleine Republiken, Hamburg und Lübeck, ihr Wahlrecht revidiert haben, so daß dadurch von den Sozialdemokraten nur eine geringe Anzahl Sitze zu erringen ist. Führwahr, es ist beschämend, wenn die Taten hanseatischer Republiken von den ärgsten Feinden des Volkes, des Handels und der Industrie, gelobt werden. Gefreut hat uns die Offenherzigkeit, mit der Wangenheim sich für die republikanische Staatsform aussprach; die monarchische ist ihm deshalb nicht zuwider, weil sie dem Junker mehr Vorteile bietet. Was über die sozialdemokratische Presse und deren Kampfesweise gesagt wird, stimmt zwar nicht; man hört aber aus den folgenden Worten heraus, daß es die Manier der Bündler ist, alles auszuposaunen oder alles zu verschweigen, je nachdem der Wind weht. Zum Schluß krächzte noch Fritz

Raab-Hamburg einige Töne und dann war die Sache erledigt.

Niendorf a. O. Achtung, baugewerbliche Arbeiter! Ueber das Geschäft von Hardt ist die Sperre verhängt.

Hamburg. Die sozialdemokratische Fraktion der Bürgerschaft hat zwei Initiativanträge eingebracht, betr. Niedersetzung eines Ausschusses zwecks Revision des Vereins- und Versammlungsgesetzes und Sicherstellung der Vereins- und Versammlungsfreiheit, ferner betr. ein Ersuchen an den Senat um baldige Vorlegung eines Verantwortlichkeitsgesetzes für den Senat. Die Anträge haben genügende Unterstützung gefunden, dürften aber erst nach den Ferien, die schon am 15. Juli beginnen, zur Beratung kommen. — Der „Kontraktbruch" der Schauerleute der Hamburg-Amerika-Linie vor dem Gewerbegericht. Die Schadenersatzklage der H.-A. L. gegen 142 feste Schauerleute, über die wir schon wiederholt berichtet haben, ist gestern durch Zwischenurteil zum Teil günstig für die Klägerin verlaufen. Die H.-A.-L. sucht bekanntlich die Beklagten solidarisch haftbar zu machen für den ihr durch Ruhenlassen der Arbeit am 1. Mai erwachsenen, von ihr auf 12000 Mark berechneten Schaden. Soweit die Gesamtschuld in Frage kommt, wird die Klage zurückgewiesen, dagegen werden die Beklagten zur Ersatzleistung des durch die Arbeitseinstellung am 1. Mai und die Entlassung am 2. Mai entstandenen Schadens verurteilt. Die Höhe des Schadens soll in dem zum 11. Juli anberaumten neuen Termin festgesetzt werden. Der Vorsitzende gibt der Hoffnung Ausdruck, daß vielleicht über die Höhe des Schadens eine Einigung zustande komme. Von den 142 beklagten Schauerleuten kommen eine Anzahl nicht in Frage, weil sie entweder am 1. Mai entschuldigt gefehlt oder weil gegen sie die Klage nicht formgerecht eingereicht worden ist. — Demnach hat also die H.-A.-L. den von ihr gewünschten „moralischen Erfolg nach außen hin", daß wen über 100 Schauerleute wegen Kontraktbruchs und Verletzung der „guten Sitten" zum Schadenersatz verurteilt worden sind. Die H.-A.-L. verstößt selbstverständlich auch fernerhin nicht gegen die guten Sitten, wenn sie von ihren Lohnsklaven eine ununterbrochene Arbeitszeit bis zu 36 Stunden verlangt. Das gehört nun einmal zu den Ausbeutersitten der Herren von der Wasserkante.

Harburg. Zum Mord in Hittfeld. Die näheren Untersuchungen haben ergeben, daß der verhaftete 22jährige Tischler Buchholz dem Anscheine nach nicht der Mörder ist. Wie verlautet, hat er seinen Aufenthalt während der Zeit, als der Mord passiert ist, angeben können. Die Untersuchung seiner Kleidung hat ergeben, daß nicht das geringste von Blutflecken in der Kleidung vorhanden ist. Die Untersuchung hat festgestellt, daß der Mörder unbedingt mit Blut befleckt sein muß. Hoffentlich wird es bald gelingen, des Mörders habhaft zu werden.

Wilhelmshaven. Neunstündige Arbeitszeit. Auf der Kaiserwerft wird die 9stündige Arbeitszeit vom 29. Juli allgemein eingeführt.

Sprechsaal.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung).

Eingesandt.

Ein abschreckender Anblick bot sich am Mittwoch mittag kurz vor 12 Uhr den Passanten der Fackenburger Allee (Linderplatz). Ein ganz verschmachtend aussehender Hammel lag auf dem Straßenpflaster. Vergeblich bemühte sich der Treiber, das Tier wieder auf die Füße zu bekommen. Daß hierbei auch nicht gerade sanft verfahren wird, hat wohl schon jeder einmal gesehen. Beim Anblick eines solchen Viehtransportes drängt sich einem unwillkürlich die Frage auf: Wie ist es blos möglich, daß solche Quälereien überhaupt noch statthaft sind, zumal in anderen Städten das Viehtreiben ganz verboten ist und das Vieh nur in sich dazu eignenden Wagen befördert werden darf. Sollte dies auch nicht für Lübeck angängig sein? Kann man doch fast tagtäglich in der Fackenburger Allee solche Fälle beobachten. Die Tiere, die vielfach schon oft tagelang auf dem Transporte waren, sind manchmal kaum in der Lage, sich weiter zu schleppen. Durch ein Viehtreibeverbot wäre den armen Tieren geholfen und dem Publikum bliebe manch widerlicher Anblick erspart. Es heißt doch so schön in der Bibel: „Der Gerechte erbarmt sich seines Viehes." Dem Anscheine nach ist dieses Wort aber nicht für Lübeck giltig.

Ein Tierfreund.

Letzte Nachrichten.

Ratibor. Das Schwurgericht verurteilte den Strafanstaltsrendanten Oswal Renzig, der seit 10 Jahren aus der Strafanstaltsklasse Beiträge in Höhe von zwölftausend Mark unterschlagen und Bücher gefälscht hatte, zu vier Jahren Gefängnis

Posen. Das Schwurgericht verurteilte einen Arbeiter aus Dombrowo zu sechs Jahren Zuchthaus, weil er in das Schlafzimmer einer ihm verfeindeten Familie eine Bombe geworfen hatte.

Cranz. Der um 2 Uhr 42 Minuten nachmittags von Königsberg hier ankommende Personenzug der Privatbahn Königsberg Cranz ist auf dem hiesigen Bahnhof auf einen Prellblock aufgefahren und entgleist. Zwei Wagen wurden zertrümmert. Eine Frau wurde getötet, 5 Personen wurden schwer und 6 leicht verletzt. Die Verunglückten stammen sämtlich aus Königsberg bezw. aus Cranz

Halle a. S. Ein Großfeuer zerstörte einen Teil des Lehrerseminars in Bardy. Es besteht jedoch die Hoffnung, den Unterricht aufrecht zu erhalten. Ein Seminarist erlitt durch Steintrümmer einen Schädelbruch.

Kassel. Die seit Sonntag verschwundene dreizehnjährige Tochter des Arbeiters Ebenu ist am Ufer der Fulda ermordet aufgefunden worden. Als der Tat verdächtig wurde der Arbeiter May verhaftet. An dem Kinde ist ein Lustmord verübt worden

Röthenbach bei Lindau. In der Nähe Lindenbergs überfuhr ein Bahnzug ein Fuhrwerk. Der Fuhrmann und ein Pferd wurden getötet. Der Lokomotivheizer wurde verletzt. Das Fahrwerk ist zertrümmert worden.

Briefkasten.

H. Fick-Stockelsdorf. Komme. St.

Amtliche Notierungen der Produktenbörse.

Inländisches Getreide. Lübeck, 27. Juni.

Weizen, 125—130 Pfd. holl., Mk. 183—185, Roggen, 120—125 Pfd. Mk. 160—165 Hafer, je nach Qualität Mk. 165—175, Gerste je nach Qualität Mk 150—165

Ein Logis zu vermieten.
Alfstraße 39.

Zu vermieten zum 1 Oktober eine 2 Zimmerwohnung vor dem Hüxtertor. Preis 190 Mark Am liebsten an einzelne Leute Offerten unter **A. D. K.** an die Exped. d. Bl

Eine Parterrewohn. v. 3 Zimmern
und allem Zubehör in der Warendorpstraße zum 1. Juli zu verm. Näh Ziegelstraße 1 f.

Wegen Abreise **eine freundliche 2 Stubenwohnung** mit Zubehör zum 1. Juli. Preis 185 Mk Näheres Ziegelstraße 25 b, II

Eine Wohnung von 3 Zimmern
zum 1. Oktober zu vermieten Lützowstr 19.

Gesucht von Leuten mit einem Kind eine **Wohnung** zum 1. Okt. im Preise bis 180 Mk. Off erbeten u **H. M. 42** an d. Exp d Bl

Gesucht e. Zweizimmerwohnung
im Preise von 150—170 Mk. Angebote unter **A. 100** an die Exped d. Bl.

Gesucht zum 1. Juli
ein junger Knecht.
Moislinger Allee 45.

Gesucht für die Volksfesttage
eine Frau zum Einhüten.
Kupferschmiedestraße 12, II.

2 jg. Frauen suchen Beschäftigung
auf d Volksfest zum Abwaschen oder dergleichen. Ang. u. **b. J.** an die Exped d Bl

Ein photogr. Apparat z kfn. ges.
Ang m. Ang der Plattengröße u. des Preises u. **D E 75** an die Exp. d Bl

Eine gebrauchte Kinderbettstelle
zu kaufen gesucht.
Off. u **N 12** an die Exp. d. Bl

Ein Zweifamilienhaus m. Garten
am liebsten vorm Burgtor, zu kaufen gesucht.
Off u **H Gh** an die Exped. d. Bl

Nußbaum-Vertikow mit Säulen
zu verkaufen Feldstraße 5, pt (Mühlentor)

Herrenfahrrad, tadellos, mit Freilauf und Rücktrittbremse, für M. 65.
E. Strunck, Friseur, Moisling

Ein schwarzer moderner Gehrock
billig zu verkaufen Wielandstraße 2, I.

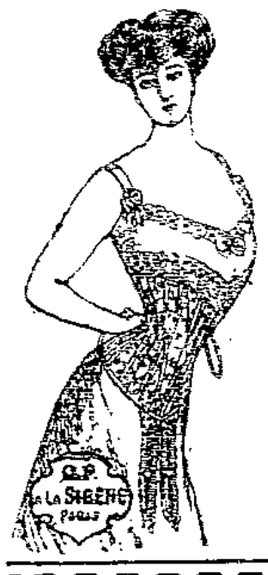
Neuestes Deutsches Rechtsbuch, Band I u. II. für 10 Mk., 1 Band Platen, Neue Heilmethode, für 5 Mk., alle Bände 3fachen Wert.
Rosenstraße 21.

Zum Volksfest zu verkaufen ein 5 Meter **langer Kaffeetisch** mit wasserdichtem Verdeck nebst allem Zubehör
Näh Hartengr. 44 II nach 6 Uhr abds.

Empfehle mich als **Schneiderin im Hause.**
Pelzerstraße 6, Hinterh.

Bommerlunder
feinster Tafel-Getreide-Aquavit

Heinrich Knaack, Friseur
wohnt jetzt
Warendorpstrasse 31.



Für die heissen Tage
extra preiswerte Sommerkorsetts.

Liane, Tüll, weiß, leicht und haltbar . . . . . Mk. 2.25
Alice, Batist und Tüll, weiß und farbig . . . . . Mk. 3.50
Metaline, Ia Ausführung, Tüll, Broché und Batist à Mk. 5, 6, 7 etc.
Terka, beliebt Paris Gürtel, Tüll und farbig à Mk. 1.40 1.75 2.50

Für jede Figur passende Korsetts vorrätig.

Th. Jepsen, Korsettfabrik, 7 Pfaffenstr. 7
— Bitte genau auf die Hausnummer 7 zu achten. —

Bordeauxweine
Medizinal-Tokayer, Samos, Malaga, Portwein, Sherry, Madeira, Rum, Kognak, Arrak
in allen Preislagen
und in nur besten Qualitäten.
Wilhelm Rahfoth, Lübeck,
Untertrave 113.

Stets frisch im Karton und auch angebrochen empfiehlt letztere

Ludw. Hartwig.
Sie erhalten Lubeca-Marken

E. Boy, Fischräucherei
Königstraße 24 (Ecke Pfaffenstr.), Tel. 115, **Hüxstraße 30.** Täglich: **Frisch geräucherte Makrelen, Aale, gekochte Ostseekrabben und Nordseekrabben.**

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm. 10.
sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Lederhosen	2,20—6,45
Maurerhosen	2,60—6,75
Schlosserhosen	1,88—5,25
Ueberziehhosen	1,98—2,35
Zwirn-Hosen	1,68—3,25

leinene Jacken, schräge und gerade, 1,28
Kajen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Maler-Mäntel erstaunlich billig.
Mützen von 30 Pfg bis 1,88 Mk.
Rote Lubecamarken.

Billig! Jung. Ziegenfleisch. Billig!
Fettes Kalbfleisch billig.
Markthalle Stand 34.

Aufsehen erregen meine billigen Preise.
Früher M. 120. **jetzt M. 85.-**

Florett-Fahrräder
allen voran!
Pa. Material, 2 Jahre Garantie! Freilaufnabe Torpedo M 15 mehr Mäntel von M 3.50 an, Schläuche M. 2.80, Acytelen-Laternen M 2
H. A. Hill, Fahrrad Versandhaus, Johannisstraße 9
Ambos-Fahrräder M. 75, 1 J Gar Außerd führe Brennabor- Panther- u. Clais-Pfeil-Räd

5 Pfg. pro Pfund an aufwärts zahle für
Hausstands- und Landlumpen.
Alfstraße 37.

Zur Segelregatta nach Travemünde
am Sonntag den 1. Juli ds. Js.
fährt unser Doppelschraubendampfer
„St. Lorenz".
Abfahrt ab Lübeck (Gutiner Brücke) 1 Uhr mittags.
Rückfahrt ab Travemünde 8 Uhr abends.
Fahrpreis einfach 50 Pf, hin und zurück 75 Pf.
Kinder 25 Pf. resp. 40 Pf.
Fahrkarten sind vorher zu haben am Kontor Untertrave 59 und bis zur Abfahrt in der Wartehalle
„Lübecker Hafenfähre" Ges. m. b. H.

Zirkus-Arena
F. Riechert, Burgfeld.
Heute Donnerstag abends 8 Uhr:
Elite-Vorstellung.
Neues Programm,
sowie die urkomische Pantomime:
„Pirot als Kinderwärter".
Zu zahlreichem Besuch ladet ganz ergebenst ein
Die Direktion.

Total-Ausverkauf
in Zigarren, Zigaretten, Kau-, Shag, u. Rauchtabak, aus der Pleßmann'schen
Konkursmasse
zu kolossal billigen Preisen.
Zigaretten für die Hälfte des sonstig. Preises.
Hüxstraße 45.

Arbeiter Bildungsschule Lübeck.
Besichtigung der neuen Hauptfeuerwache
am Sonntag den 1. Juli 1906.
Sammelzeit: Morgens 9 1/4 Uhr beim Jungfrauenkloster (untere Johannisstraße).
Um zahlreiche Teilnahme der Mitglieder, sowie der Freunde unserer Sache bittet
Der Vorstand.

Hansa-Theater
Heute
Freitag den 29. Juni 1906
abends 8 Uhr:
Grosse Abschiedsvorstell.
mit gleichzeitigem
Benefize für Frau und Herrn Dir. Baum.
Das rote Julchen.
Urkomische Posse mit Gesang in 3 Akten.
Vorverkauf bis 5 Uhr bei Sager.

Wilhelm-Theater.
Freitag den 29. Juni. 8 Uhr.
Zum 1. Male:
Hille Bobbe.
Komödie in 3 Akten von Ad. Paul.
Sonnabend: **Hero und Leander.**
Schülerbillets **50** Pfg.
Sonntag: **im Kolosseum.**
Einmalige Sonntags-Volks-Vorstellung.
Jeder Platz 50 Pfg.
Vorverkauf bei F. W Kaibel, O. Borchert, Breitestr. u. Drefalt, Sandstr. Dutzendbill. sind nur an der Theaterkasse zu haben.
Ab 9 Uhr **Schnittbillette.**

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwigt.
Verleger: Theodor Schwartz — Druck: Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 148. Freitag, den 29. Juni 1906. 13. Jahrgang.

Wie die gegnerische Presse bewußt fälscht.

Durch die antisozialdemokratische bürgerliche Presse macht wieder einmal eine geradezu schamlos-frech verdrehende Lügennotiz die Runde. Es ist da von einem „Schimpfrekord“ die Rede, den unser Bruderorgan, die „Mannheimer Volksstimme“, geschlagen haben soll. Es handelt sich um die allerdings sehr scharfe Kennzeichnung des Verfahrens etlicher in der letzten Zeit vielgenannter beamteter Herrschaften. Die bürgerliche Preßnotiz behauptet dreist und gottesfürchtig, die „Mannheimer Volksstimme“ fälle das scharfe Urteil „gegen die Urheber der Reichsfinanzreform“ ....

Man weiß wirklich nicht, ob man diese Lüge mehr frech oder dumm nennen soll. Denn selbst das, was aus unserem Mannheimer Bruderblatt in der bürgerlichen Notiz abgedruckt wird, kann unmöglich auf die Stengel und Konsorten bezogen werden. Wer aber, wie es doch bei dem ursprünglichen Verfasser der Notiz der Fall sein muß, den ganzen Abschnitt aus der „Mannheimer Volksstimme“ vor Augen gehabt hat, muß wissen, daß es sich nicht um eine Kennzeichnung des unglückseligen Herrn v. Stengel usw handelt, sondern um eine solche der im Falle Schöne-Brockhusen Bezichtigten. Das geht aus dem ganzen, welches wir vor Augen gehabt haben, so unzweifelhaft wie nur möglich hervor.

Wenn daher in der bürgerlichen Preßnotiz davon die Rede ist, es handle sich um ein Urteil über die Urheber der Reichsfinanzreform, so ist das eine ganz infame, weil völlig bewußte Fälschung, es ist geradezu ein bisher kaum erreichter Fälschungsrekord. Die bürgerliche Presse will und darf über die Sozialdemokratie nicht die Wahrheit sagen. Daß sie aber so frech und so dumm fälscht, das zeigt so recht das Geistesniveau, auf welchem diese Reaktionsorgane sich befinden.

Mögen die Parteigenossen in ihrer Agitation gegen die volksfeindliche bürgerliche Presse immer energischer sich betätigen!

Zum bevorstehenden Quartalswechsel sollte jeder eifrige und von der Bedeutung der sozialdemokratischen Presse im Kampfe wider die Volksverdummung überzeugte Parteigenosse sich zur Aufgabe machen, der bürgerlichen Presse einen Leser abwendig zu machen und ihn der sozialdemokratischen Zeitung als Abonnenten zuzuführen.

Auf, Parteigenossen, an's Werk!

Soziales und Parteileben.

Aus dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben. Die Braunschweiger Dachdecker streiken. — Zu den Differenzen zwischen dem Leiter der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, und den Berliner Parteiinstanzen, betreffend die Maifeierfrage, nahm eine Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter Stellung. Es wurde nach längerer Aussprache eine Verbandskommission gewählt, welche die Differenzen untersuchen und in einer außerordentlichen Generalversammlung Bericht erstatten soll. — In Rom steht ein Trambahnerstreik bevor.

Eine neue Metallarbeiter-Aussperrung wollen die Metallindustriellen in der Kreishauptmannschaft Dresden inszenieren. Nachdem vor einigen Tagen gegen 200 Former der Radebeuler Guß- und Emaillierwerke wegen Nichteinhaltung der abgeschlossenen Vertragsbedingungen, — nicht, wie Unternehmerblätter schwindeln, wegen erneuter Forderungen — durch die Firma in den Ausstand getreten sind, ist folgender Ukas in den Betrieben der Mitglieder des Metallindustriellenverbandes angeschlagen worden:

„Wegen der Unruhen der Gießereiarbeiter sind erneute Aussperrungen zu befürchten. In diesem Falle werden nur die Mitglieder derjenigen Arbeiterverbände ausgesperrt, welche den Streik veranlassen. Die Nichtorganisierten erhalten, falls wir sie nicht weiter beschäftigen können, 15 Mk. und für jedes Kind 1 Mk. Unterstützung. Der Betrieb wird auf jeden Fall aufrecht erhalten.“

Die Metallarbeiter Dresdens sind entschlossen, den Kampf aufzunehmen, wenn es zum Aeußersten kommen sollte. Auf keinen Fall wird es gelingen, die Gießereiarbeiter einzuschüchtern.

Franz Morawski. Am Sonntagvormittag starb in Kattowitz an einer schweren Herzkrankheit unser Parteigenosse Franz Morawski, einer unserer tapfersten und ältesten Parteigenossen, nicht was Lebensalter, sondern was die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei betrifft. Franz Morawski wurde am 23 Oktober 1847 in Blawaty in der Provinz Posen als Sohn eines kleinen Bauern geboren. Er erlernte das Tischlerhandwerk und ging als blutjunger Mensch in die Welt hinaus. Im Jahre 1869 kam er nach Berlin und schloß sich bald der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung an, deren stets opferwilliger und begeisterter Mitstreiter er wurde. Seine Hauptaufgabe erschien ihm in der sozialistischen Propaganda unter der polnischen Bevölkerung des Reiches zu liegen und dieser schweren Aufgabe widmete er die ganze Kraft, ja Familienglück, Gesundheit, Freiheit und Leben. Er wirkte besonders in seiner Heimatprovinz Posen und wurde denn auch bald ein Opfer der brutalen Klassenjustiz, die in den achtziger Jahren jede sozialdemokratische Bewegung in Posen zu unterdrücken strebte. Morawski erhielt eine Reihe Geld- und Gefängnisstrafen, darunter eine solche von 9 Monaten, wurde dann in den großen Posener Geheimbundsprozeß verwickelt und nach einjähriger Untersuchungshaft zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt, ohne daß auch nur ein Tag der langen Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet wurde. Die empörende Behandlung, die dem „Verbrecher“ gleich seinen Leidensgenossen im Gefängnis, auch während der Untersuchungshaft, zuteil wurde, hat den Grund zu der gefährlichen Herz-Erkrankung gelegt, deren Opfer Morawski jetzt geworden ist. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes bildete sich eine selbständige polnisch-sozialdemokratische Organisation, deren eifrigster Förderer und Leiter der unermüdliche, auch durch die härtesten Verfolgungen nicht von seiner Tätigkeit abzuschreckende Morawski wurde. Als Mitte der neunziger Jahre die polnisch sozialdemokratische Bewegung auch den oberschlesischen Industriebezirk ergriff, war Morawski auch hier der Erste mit. Das polnisch sozialdemokratische Parteiblatt „Gazeta Robotnicza“ wurde 1901 von Berlin nach Kattowitz verlegt und Morawski ging als Redakteur des Blattes natürlich mit. Anfang 1902 wurde Morawski auf Grund der Denunziation eines Lockspitzels namens Gusener verhaftet unter der Anklage, durch den Verkauf eines Exemplars des polnischen Liederbuches an eben diesen Gusener Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten begangen zu haben. Morawski trat während der Untersuchung eine andere gegen ihn erkannte Strafe von vier Monaten Gefängnis an, wurde aber aus der Strafhaft wieder in Untersuchungshaft überführt und dann auf Grund der eidlich erhärteten Denunziation des genannten Lockspitzels vom Beuthener Landgericht zur Höchststrafe, zur furchtbaren Strafe von zwei Jahren Gefängnis verurteilt, während die angebliche Mittäterin bei dem angeblichen Verkauf des einen Liederbuches an einen Polizeispitzel-Genossin Golde, zu einem Jahre Gefängnis verurteilt wurde. Die sechs Monate Untersuchungshaft wurden Morawski aber nicht angerechnet, — sodaß er fast drei Jahre lang hinter oberschlesischen Kerkermauern schmachten mußte. Der tapfere Mann hat auch diese furchtbaren Leiden mit ruhiger Gelassenheit getragen, erfüllt von der Begeisterung für seine hohe, gerechte Sache. Nach seiner Anfang 1905 erfolgten Entlassung zeigte sich sein altes Herzleiden bedeutend verschlimmert, trotzdem aber ging er ohne weiteres wieder in den Kampf. Die Aufregungen des Wahlkampfes im letzten Herbst — Morawski war seit 1898 sozialdemokratischer Reichstagskandidat für Kattowitz Zabrze — nicht zum wenigsten auch die perfiden persönlichen Angriffe seines polnischen Gegenkandidaten Korfanty verschlimmerte den Zustand des bereits schwerkranken Mannes bald bis zur Hoffnungslosigkeit. Nun ist er dahingegangen — ein schlichter Mann aus der Arbeiterklasse, durch seinen Heldenmut, seine edle Opferwilligkeit, seinen rastlosen Eifer für unsere große Sache ein leuchtendes Vorbild allen seinen Klassengenossen!

Sozialdemokratischer Parteitag Mannheim 1906. Alle den Parteitag betreffenden Anfragen, Anmeldungen (Wohnungen usw. betreffend) sind an den Vorsitzenden des Parteitagskomitees, Aug. Dreesbach, Mannheim, Druckerei der „Volksstimme“, R 3. 14, zu richten.

Die Generalversammlung des Zentralwahlvereins für Teltow-Beeskow-Charlottenburg erörterte am Sonntag auch das Verhalten des Parteigenossen Wiesenthal, der bekanntlich den „Neuen Metallarbeiterverband“ gegründet hat und als dessen Leiter fungiert. Es lag u. a. ein Antrag vor, W. von der Referentenliste zu streichen. In der Besprechung des Falles wurde das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften überhaupt erörtert. Es wurde betont, die Partei stehe auf dem Standpunkt einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung und könne nicht dulden, daß Parteigenossen Absplitterungen herbeiführen. Genau so, wie wir die Sonderorganisationen der Christlichen verurteilen, müßten wir dies auch bei Gründungen der eigenen Parteigenossen tun. Etwas anders liege die Sache bei den in Berlin noch vorhandenen Lokalgewerkschaften. Hier handle es sich um historische Organisationsgebilde die früher da waren als die erst später entstandenen Zentralverbände. Wenn nach Gründung der Zentralverbände ein Teil der Lokalorganisierten den Verbänden fern bliebe, so sei das nicht zu vergleichen mit der Neugründung, die Wiesenthal jetzt vorgenommen habe. Die Versammlung nahm schließlich unter Ablehnung des oben mitgeteilten Antrages mit großer Mehrheit folgende Resolution an: „Die Generalversammlung verurteilt auf das Entschiedenste das Vorgehen des Genossen Wiesenthal als Gründer und Leiter des neu entstandenen Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes; sie erwartet auf das Bestimmteste, daß der Aktionsausschuß von Groß-Berlin zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen wird, um dem Genossen Wiesenthal Gelegenheit zu geben, sich wegen seiner Handlungsweise zu verantworten.“

Der Parteizwist in Forst wird immer unangenehmer, Markwald, der auch schon an anderen Orten unter den Parteigenossen tüchtige Verwirrung angerichtet hat, beutet die taktischen Ungeschicklichkeiten der bisherigen Parteileitung in geradezu unverantwortlicher Weise aus. Neuerdings hat er eine förmliche Hetze gegen die Zeitungskommission (Preßkommission) inszeniert. Junge, in den Parteitraditionen noch völlig unerfahrene, eben erst zur Partei herangezogene Arbeiter benützt er in verwerflicher Weise zu Werkzeugen seines Hasses. Das jetzige Verhalten Markwalds muß um so mehr befremden, als er in der letzten Parteiversammlung in einer beinahe rührseligen Abschiedsrede erklärte, ruhig aus dem Kreise scheiden zu wollen. Jetzt handelt er diesen Erklärungen strikt zuwider. Wie weit er sein parteischädigendes Handeln

Im Banne des Spiritismus.

Zeitroman von Friedrich Thieme.

46 Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Der Professor nahm die gewünschte Probe vor. Er stellte sich neben den Amerikaner, seine Frau neben Miß Hyde, erst flüsterte er seiner Gattin, dann sie ihm eine Reihe von Worten zu, doch war es unmöglich, sich gegenseitig verständlich zu machen.

„Und nun,“ bedeutete ihn der Spiritist, „schreiben Sie mir einen Satz auf Papier, den ich Miß Katie vermittelst der von mir ausgehenden psychischen Strahlung oder des zwischen uns stattfindenden magnetischen Rapports übermitteln soll.“

Der Gelehrte riß ein Blatt aus seinem Taschenbuche und schrieb darauf die Worte: „Der Kanarienvogel schläft in seinem Bauer.“ Mit Absicht wählte er diese etwas absurde Bemerkung, weil er der Meinung war, Miß Katie würde, falls ihre Kunst in bloßem Erraten bestand, auf einen solchen Gegenstand am letzten verfallen.

Mr. Low las den Satz dann ab und gab das Papier dem Professor zurück. Außer den drei Genannten waren Frau Simrath und Hedwig zugegen. Der Professor hatte seinen Platz in der Mitte des Zimmers, einige Schritte abseits von der die beiden Medien verbindenden Lustlinie, genommen, um in der Lage zu sein, beide scharf zu beobachten. Frau Simrath und Hedwig standen rechts und links von Mr. Low, ihre Blicke mit lebhaftem Interesse auf Miß Hyde gerichtet.

Der Gelehrte beobachtete bald Katie, bald den Amerikaner, beide saßen stumm und starr wie Statuen, die Blicke fest ineinander versenkt. Plötzlich erhob sich Miß Hyde und rief dem Professor halblächelnd zu: „Der Kanarienvogel schläft in seinem Bauer.“

„Das ist erstaunlich“, rief Professor Simrath. Der Ausruf entschlüpfte ihm unwillkürlich, und er fühlte sich in der Tat für den Augenblick total verwirrt. In diesem Falle war doch ein Taschenspielerkunststück ausgeschlossen — was sollte er davon denken? Auch Hedwig und ihre Mutter blickten sich aufs äußerste betroffen an.

Mr. Low zeigte sein gewöhnliches geschmeidig überlegenes Lächeln.

„Wiederholen wir das Experiment,“ sagte er bereitwillig. „Wollen Sie, gnädige Frau,“ wandte er sich an die Gattin des Professors, „einen Gegenstand aufschreiben, dessen Benennung ich Miß Hyde im Wege der Telepathie übermitteln soll? Es braucht durchaus kein hier im Zimmer befindlicher zu sein.“

Frau Professor Simrath entsprach mit unverhohlener Spannung dem Wunsche des Spiritisten. Sie schrieb, neben ihm stehend, auf eine Schiefertafel mit ganz kleiner Schrift das Wort „Ewigkeit“, ließ dasselbe den Amerikaner lesen und löschte dann sofort die Schrift aus. Einige Augenblicke später wiederholte die gedachte Bezeichnung aus dem Munde der Somnambule.

„Sonderbar,“ murmelte der Professor halblaut.

Mr. Low schüttelte seinen ausdrucksvollen Kopf.

„Das finden Sie sonderbar,“ fertigte er ernst die Bemerkung des Professors ab, „aber derselbe Vorgang von einem seelenlosen, gedankenunfähigen, toten Körper, dem Telegraphen, ausgeführt, erscheint Ihnen völlig erklärlich und vernünftig?“

„Gewiß. Der Telegraph ist nicht mehr als ein von Menschenhand hergestellter Apparat zur Benützung einer Naturkraft.“

„Und der Mensch, Herr Professor? Ist er nicht auch ein Apparat zur Ausnutzung einer Naturkraft, und der vollkommenste, den es geben kann? Nicht nur ausgestattet mit den erforderlichen Kräften und Eigenschaften, sondern zugleich auch mit der Fähigkeit, dieselben verständnisvoll und zu seinem Besten anzuwenden? Die seltsame Materie, welche den Stoff zu Seele und Geist der Menschen hergibt, ist noch nicht erklärt — sollten Elektrizität und Magnetismus, diese geheimnisvollen Phänomene, nicht im Organismus der höchsten irdischen Kristallisation, des denkenden, geistesstarken Menschen, eine mindestens ebenso bedeutungsvolle Rolle spielen als in der toten Natur? Oder vielleicht noch weit höhere, mächtigere, noch unwägbarere Kräfte als Elektrizität und Magnetismus?“

„Sie vergessen, daß unser geistiges Sein allein durch die Sinne zum Ausdruck kommt — sie sind die einzigen Medien der Seele, die Vermittler zwischen Mensch und Außenwelt, die erst seine Seelentätigkeit erwecken und ausbilden. Ein Mensch, der ohne Sinne geboren würde, er müßte trotz der ihm vorhandenen Seele ein bewußtloses, totes, jedes Gedankens, jedes Wortes, jeder Bewegung, unfähiges Etwas bleiben, er wäre eine Pflanze, ja nicht einmal das, weil auch die Pflanze bereits eine Art Sinne hat, deren sie bedarf, um ihr vegetarisches Leben zu führen, er wäre vielmehr ein Stein, ein Nichts.“

„Und wissen Sie, ob die üblichen fünf Sinne alles repräsentieren, was uns die Natur an Organen zur Entfaltung unseres Bewußtseins und der Lebens- und Geistestätigkeit verliehen hat? Kann es nicht Sinne geben, die ausschließlich den Verkehr von Geist zu Geist vermitteln, ohne der Hilfe ihrer körperlichen Genossen zu bedürfen?“

„Im Diesseits ist die Seele nur durch den Körper möglich. Möglich, daß es noch unentdeckte Sinne giebt oder daß noch vollkommenere Wesen als wir auch vollkommener organisiert sein können, vorläufig aber wissen wir davon nichts und müssen uns mit unseren fünf Sinnen begnügen.“

„Doch konnte es wohl möglich sein, daß manche Personen, bei denen ein sechstes, bisher unerforschtes Sinnesorgan besonders entsprechend entwickelt ist, bereits der Aus-

schon getrieben hat, geht aus der Tatsache hervor, daß er in einer Monatsversammlung des Sozialdemokratischen Ortsvereins in Forst den Antrag gestellt und auch durchgedrückt hat: „Die Genossen Perner-Forst und Rubendunst-Kottbus sind aus der Partei auszuschließen wegen einer ehrlosen Handlung, begangen durch die Veröffentlichung der Erklärung des Genossen Rubendunst in Nr. 139 der „Märkischen Volksstimme“. Perner ist der jetzige Redakteur der „M. V.“, Rubendunst der Vorsitzende der Zeitungskommission. Auf Markwalds Betreiben ist ferner mit 78 gegen 45 Stimmen in demselben Verein beschlossen worden, der Genosse Noack, der Befürworter von Markwalds Kandidatur war, solle in sämtlichen Ortsvereinsversammlungen über den Fall Markwald referieren. Die Kosten soll der Ortsverein Forst tragen. Der Antrag bezweckt offensichtlich, eine Hetze gegen die „Märk. Volksst.“ im ganzen Verbreitungsbezirke zu inszenieren und den Zwist auch auf andere Wahlkreise auszudehnen. Ein solches Treiben erklärt allerdings manches von dem scharfen Vorgehen der Zeitungskommission gegen Markwald. Es scheint aber höchste Zeit zu sein, daß der Parteivorstand im Wahlkreise Sorau Forst mit kräftiger Hand eingreift und Ordnung schafft.

Aus Nah und Fern.

Ein guter Fang. Berliner Kriminalbeamte verhafteten auf dem Myslowitzer Bahnhof eine galizische Frau, die an Banken, besonders Berliner, gefälschte österreichische Lombarden absetzte. Auf Anzeige der Geschädigten fahndeten die Berliner Beamten, die sich seit zwei Wochen im oberschlesischen Grenzgebiet aufhalten, näher nach den Urhebern in Galizien. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

Siebenundzwanzig Jahre Zuchthaus wegen Meineids und Anstiftung zu diesem Verbrechen verhängte das Schwurgericht in Stendal über vier Mitglieder einer Familie aus Kaltendorf in der Altmark. Der dortige Handelsmann Eggestein wurde zu 9 Jahren, dessen Ehefrau zu 10 Jahren, deren Sohn zu 6 Jahren und die Tochter zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Ehefrau des Hilfsweichenstellers Netzel wurde wegen Meineids unter Zubilligung mildernder Umstände zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Meineidsprozesse sind aus geringfügigen Zivilklagen entstanden.

Schutzleute als heimliche Versammlungsteilnehmer. Das „B. T.“ berichtet: Zu einem bemerkenswerten Zwischenfall kam es in der Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die am Sonntag in der „Neuen Welt“ stattfand. Während der Verhandlungen ertönte plötzlich aus der Versammlung heraus der Ruf: „Die Bühne ist mit Polizei besetzt! Hinter dem Vorhang stehen die Schutzleute!“ Einige Versammlungsteilnehmer drangen darauf in die hinter dem herabgelassenen Vorhang belegenen Bühnenräume. Sie kamen mit der Mitteilung zurück, daß hinter dem Vorhang eine Anzahl von Schutzleuten postiert sei, von denen sich einige die Zeit mit Skatspielen vertrieben. Die Versammelten nahmen diese Nachricht mit erregten Kundgebungen auf.

Ein Richter als Angeklagter. In der Honoratorenstube eines Gasthauses in Stromberg unterhielt sich, wie wir der „Frankfurter Zeitung“ entnehmen, im November 1904 der Amtsrichter Schiffers, früher in Stromberg, jetzt in Velbert, mit dem Rechtsanwalt und Notar Dr. Golling über die damals brennende Frage der Teilung des Kölner Landgerichts. Aus der allgemein geführten Unterhaltung entstand aber eine Meinungsverschiedenheit zwischen beiden, und nun wandte sich Schiffers an den ebenfalls anwesenden Dr. med. Schmitt, um dessen Meinung zu hören. Als diese nicht in Schiffers Sinne ausfiel, stieß dieser eine Beleidigung gegen Dr. Schmitt aus, der er bald eine tätliche Mißhandlung folgen ließ. Da der Beleidigte einer katholischen Studentenverbindung angehört, welche das Duell verwirft, so kam es zur Klage. Das Stromberger Amtsgericht lehnte die Klage wegen Befangenheit ab und überwies sie an das Kreuznacher Amtsgericht. Der Angeklagte Schiffers erhob gegen Dr. Schmitt Widerklage, ebenfalls wegen Beleidigung, die er darin fand, daß der Kläger die Satisfaktionsfähigkeit des Angeklagten bezweifelte und ihm vorwarf, er habe sein ehrenwörtlich gegebenes Versprechen wissentlich gebrochen. Die Verhandlung dauerte von 11 Uhr morgens bis 7¾ Uhr abends. Die Verteidigung des Angeklagten und die Zeugenvernehmung dauerte bis beinahe 4 Uhr, worauf nach einer einstündigen Pause die beiden Anwälte ihre Plaidoyers begannen. Das Gericht einigte sich bald auf das festzusetzende Strafmaß, da selbst der Rechtsbeistand des Angeklagten die Schuld zugab. Von der gegnerischen Seite wurde gegen Amtsrichter Schiffers eine Geldstrafe von 1500 Mark beantragt. Das Gericht erkannte den Amtsrichter Schiffers der wörtlichen und tätlichen Beleidigung für schuldig, wies aber seine Widerklage ab, da der Kläger Dr. Schmitt in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe. Das Urteil lautete gegen Schiffers wegen wörtlicher Beleidigung auf 50 Mark, wegen tätlicher Beleidigung auf 250 Mark, zusammen auf 300 Mark Geldstrafe oder 30 Tage Gefängnis und Tragung der Kosten. — Gegen die geringe Strafhöhe wollen wir nichts einwenden, aber doch an die vielen der Strafart und der Strafhöhe enorm höheren Strafen erinnern, die wegen wörtlicher oder gar tätlicher Beleidigung dann ausgesprochen sind, wenn die Täter der Arbeiterklasse angehörten und aus Anlaß ernster an sich berechtigter Bestrebungen sich hinreißen ließen. Berechtigt die Anwendung eines durchschnittlich weit höheren Strafmaßes Arbeitern gegenüber zur Annahme einer wirklichen Klassenjustiz?

Herausgerissene Blätter. Daß die in öffentlichen Lokalen ausliegenden Zeitungen und illustrierten Zeitschriften von den Gästen nicht ganz oder teilweise mitgenommen werden dürfen, hat das Schöffengericht des Amtsgerichts Berlin-Tempelhof einem Kunstmaler H. in empfindlicher Weise klar gemacht. Der aus Oesterreich stammende Angeklagte besuchte anfangs dieses Jahres vielfach die Konditorei Bohne in Steglitz und machte sich dort auffallend viel mit Journalen zu schaffen. Ein Gehilfe, dem dies auffiel, beobachtete ihn einige Zeit und bemerkte, wie H. aus einem illustrierten Journal einige Blätter herausriß und in die Tasche steckte. Der Amtsanwalt hielt den Angeklagten der Sachbeschädigung für überführt und beantragte 30 Mk. Geldstrafe. Der Gerichtshof nahm jedoch Diebstahl an und verurteilte den Angeklagte zu einem Tag Gefängnis.

Eine sensationelle Giftmordaffäre. Vor dem Elberfelder Schwurgericht begann dieser Tage der Prozeß gegen den städtischen Oberassistenten Otto Fuhrmann wegen Giftmordversuchs. Der Angeklagte stand seit vielen Jahren im Dienste der Stadt Elberfeld. Er hatte vor zwei Jahren geheiratet. Die Ehe gestaltete sich bald sehr unglücklich, als Fuhrmann die Gattin des Restaurateurs Göbel kennen gelernt hatte, mit der er in nähere Beziehung trat. Beide kamen darin überein, den Restaurateur Göbel durch einen Giftmord aus der Welt zu schaffen. Zu diesem Zweck besorgte Fuhrmann sich bei einem ihm bekannten Drogisten ein größeres Quantum Arsenik, das ihm dieser „aus Gefälligkeit“ ohne Giftschein verabfolgte. Am 25. April setzte die Frau ihrem Manne einen Teller mit rohem Schabefleisch vor, in das sie ein ganz besonders starkes Quantum des Giftes hineingetan hatte. Göbel glaubte beim Genuß des Fleisches, daß seine Frau es versalzen habe, und stritt sich mit ihr darüber. Er machte ein Butterbrot zurecht und bestrich es mit dem gehackten Fleisch, um es seiner ihm gegenüber sitzenden 12jährigen Tochter zu überreichen. In dem Augenblick, als das Mädchen den Salzgeschmack des Fleisches feststellen wollte, stürzte sich die Giftmischerin auf das Brot und warf es unter den Tisch. Sie setzte dann ihrem Mann eine Tasse Kaffee vor, in der sich ebenfalls Arsenik befand. Göbel übergab sich darauf sofort. Die Frau schrieb nunmehr ihrem Geliebten einen Brief, in dem sie ihm mitteilte, daß ihr Mann Kaffee getrunken habe, auf dem Sofa liege und sich übergebe. Anscheinend sei das „Pulver“, das sie verwendet, nicht stark genug gewesen. Er möge noch ein paar Pulver besorgen. Bald nach Empfang des Briefes verließ Fuhrmann das Bureau auf einen Augenblick und ließ den Brief aus Versehen auf seinem Pulte liegen. In dieser Zeit trat zufällig ein junger Mann an das Pult Fuhrmanns und las dort den Brief. Er benachrichtigte sofort die Polizei. Fuhrmann wurde verhaftet und legte bald ein Geständnis ab. Die ebenfalls verhaftete Frau Göbel erhängte sich nach Ablegung eines Geständnisses in ihrer Zelle. Auch Fuhrmann unternahm am Tage nach seiner Verhaftung einen Selbstmordversuch, indem er bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter eine Papierschere ergriff und sie sich in die Brust stieß. Die Verletzung war jedoch nicht lebensgefährlich und ist inzwischen geheilt. Das Schrecklichste an der ganzen Affäre war jedoch, daß wenige Tage nach der Festnahme des verbrecherischen Liebespaares der Restaurateur Göbel sich ebenfalls erhängte, so daß nur die vater- und mutterlose Tochter des aus dem Leben geschiedenen Ehepaares zur Sache selbst Bekundungen machen konnte. — Wie schon kurz gemeldet, wurde Fuhrmann zu 14 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Bürgerliche Schnorrer. Aus Stuttgart schreibt man der „F. kf. Ztg.“: In der Liste der Teilnehmer an der Fahrt deutscher Journalisten und Schriftsteller nach England findet sich als Vertreter des hiesigen „Neuen Tagbl.“ ein Herr Leo Schweyer aufgeführt. Dieser Herr ist, wie zur Vermeidung von Mißverständnissen festgestellt werden möge, weder Redakteur noch Schriftsteller, noch Direktor des von ihm angeblich vertretenen Blattes, sondern Mitinhaber eines hiesigen Weißwarengeschäfts und Vertreter einer Motorwagenfirma. Außerdem ist er Vorsitzender des hiesigen Hausbesitzervereins. Seine Beziehungen zur Presse bestehen darin, daß er Aktionär und Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Verlagsanstalt A. G. ist, in deren Besitz sich die Aktien der A.-G. „Neues Tageblatt“ befinden. Ob diese Eigenschaften ausreichen, ihm das Recht zur Teilnahme an einer doch ausschließlich für berufsmäßige Vertreter der Presse bestimmten Einladung zu geben, darf bezweifelt werden. Soviel wir hören, war an das Blatt, als dessen Vertreter er in der Liste erscheint, eine Einladung nicht ergangen. Er hat es aber verstanden, sich nachträglich auf Umwegen eine Einladung zu verschaffen.

Wegen Verrats militärischer Geheimnisse wurde ein bei der Regierung in Wiesbaden beschäftigter Diätar, namens Ulrich, verhaftet.

Ein furchtbares Ehedrama wird aus Nimes (Frankreich) berichtet. Zwischen dem Ehepaare Alibert kam es infolge einer Familienszene zu einer Rauferei, wobei eine Petroleumlampe umgeworfen wurde. Die Kleider der Frau fingen Feuer. Anstatt das Feuer zu löschen, drückte der Mann seine Frau zu Boden, so daß die Frau entsetzliche Brandwunden erlitt, woran sie bald darauf verstarb. Aliberi wurde verhaftet.

Ermordeter Priester. Als ein 85jähriger Kaplan des Hauses Doria nach der Villa Pamfili fuhr, um eine Messe zu zelebrieren, sprang, wie dem „B. T.“ aus Rom gemeldet wird, ein junger Mann auf das Trittbrett des Wagens und stieß dem Priester einen Dolch siebenmal in die Brust. Der Priester war sofort tot. Der Mörder ist angeblich ein bekannter Anarchist. Das Motiv des Mordes ist nicht bekannt.

Erschossener Millionär. Im Madison Square Garden-Theater in New York wurde der Architekt Stanford White, ein bekannter Millionär, während der Vorstellung von dem Millionär Harry Thaw erschossen. Man bringt Frau Thaw, die früher ein seiner Schönheit wegen berühmtes Modell war, zu dem Vorgang in Beziehung.

Literarisches.

Die „Sozialistischen Monatshefte“, herausgegeben von J. Bloch, (Administration: Berlin W., Lützow-Str. 105) haben soeben das Juliheft ihres 12. Jahrganges erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Julius Bruhns: Oberschlesische Reichstagswahlen. — Alexis Nedow: Die nächste Aufgabe der russischen Sozialdemokratie. — Dr. Fritz Winter: Nationalität und Gewerkschaft. — Eduard Bernstein: Vom Klassenkampf. — Gabriel Deville: Betrachtungen über die Kammerwahlen und die Sozialisten in Frankreich. — Dr. Hugo Lindemann: Deutscher und englischer Parlamentarismus. — Wally Zepler: Das Mutterschaftsproblem. — Wirtschaft von Max Schippel. — Politik von Richard Calwer. — Sozialpolitik von Paul Kampffmeyer. — Soziale Kommunalpolitik von Dr. Hugo Lindemann. — Sozialistische Bewegung von Hugo Poetzsch. — Gewerkschaftsbewegung von Ernst Deinhardt. — Genossenschaftsbewegung von Gertrud David. — Sozialpädagogische Bewegung von Dr. Franz Lindheimer. — Frauenbewegung von Henriette Fürth. — Philosophie von Professor Dr. Franz Staudinger. — Dichtkunst von Max Hochdorf. — Musik von Ernst Aarman. — Buchbesprechung von Roman Streitzow. — Der Preis des Heftes beträgt 50 Pfg, vierteljährlich 1,50 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolporteure und durch jede Postanstalt, ferner direkt durch den Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Lützowstr. 105. Berlin W. 35. (Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossenem Kuvert.) Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit kostenfrei zur Verfügung.

übung der Tätigkeit dieses Organs sich bewußt sind, ohne daß die Wissenschaft von der Existenz desselben eine Ahnung hat? Daß sich dieser unbekannte Sinn bereits in den bisher geheimnisvoll scheinenden Leistungen mancher Personen — eben der Medien — verrät, wenn man auch seinen Sitz und die Art seiner Funktionen und ihres Zustandekommens noch nicht kennt? Wenn er vorhanden ist, so wird er sich kund geben, auch wenn die Herren Gelehrten noch nicht die Ehre haben, ihm vorgestellt zu sein? Was bliebe wohl der Wissenschaft noch zu erforschen und wie hätte sie jemals etwas zu erforschen gemocht, wenn der Standpunkt gelten soll, daß das, was sie noch nicht kennt, auch nicht existiert?“

„Und haben sie sich über die Natur dieses angeblichen unbekannten Sinnesorgans genauere Vorstellungen gemacht?“

„Nein. Sofern man nicht bei der Gedankenübertragung auf die Mitwirkung der Geister zurückgreifen will, was in diesem Falle nicht angebracht erscheint, da meines Wissens auch zahlreiche von gutem Erfolge begleitete Versuche mit Personen angestellt worden sind, die keine Medien waren — scheint mir die Erklärung dafür in der seelischen Strahlung zu liegen, welche die direkte Uebertragung von Gedanken nicht nur an anwesende, sondern auch auf abwesende, beliebig entfernte Beteiligte ermöglicht.“

„Sie haben die Versuche des französischen Physiologen Richet im Auge?“

„Ganz recht, nur bin ich der Meinung, daß die Versuche eben nur gelingen können, wenn sowohl dem Uebertrager als dem Empfänger das Vermögen der psychischen Strahlung bereits in gewissem Maße entwickelt ist, das uns noch rätselhafte Organ dieser Funktion genug ausgebildet ist, um sowohl die Ausstrahlung bewirken als die Einstrahlung empfangen zu können.“

„Also psychische Strahlung,“ murmelte der Professor. Weiter sagte er nichts, gab auch keinem Zweifel Ausdruck, und als nach der Entfernung der Medien seine Gattin und Hedwig ihn mit Fragen über die natürliche Erklärung des wahrhaft frappierenden Vorgangs, dessen Augenzeugen sie gewesen, bestürmten, schüttelte er nur den Kopf und verwies sie auf die Zukunft; er habe selber noch keine Erklärung dafür und wolle seinem endgültigen Urteil nicht vorgreifen!

Vierundzwanzigstes Kapitel.

Der Wagen des Barons Stephan von Tillo-Rochsfeld hielt vor der Villa der Baronin still. Stephan sprang leichtfüßig heraus, lohnte den Kutscher ab, und schritt eilig durch den Vorgarten dem Hause zu. Schon wollte er die zur Tür führende Treppe hinansteigen, als er mit seinen Falkenaugen Agnes erspähte, die gerade um die Ecke bog, um sich in den großen hinter der Villa sich ausdehnenden Garten zu begeben. Da änderte er seinen Sinn, schritt zurück und ging seiner Cousine nach.

Agnes hatte ihn nicht bemerkt, langsam wandelte sie auf den frisch besteuten Kieswegen dahin. Baron Stephan verschlang die schlanke anmutige Gestalt mit den Blicken, wie sie vor ihm dahinging, gehüllt in ein weißes weites Gewand, die überreiche Fülle des aschblonden Haares von keinem neumodischen Hute verwahrt, mit graziösen elfengleichen Schritten.

Jetzt hatte er sie erreicht, sie hörte den Schall seiner Tritte und blickte sich nach ihm um.

„Guten Tag, cherè cousine,“ begrüßte er sie mit seinem geschmeidigen Lächeln. Gleichgültig, ohne weder Freude noch Mißvergnügen an den Tag zu legen, nahm die junge Dame die enthusiastisch dargebotene Hand.

„Mama ist oben,“ sagte sie ruhig.

„Danke, werde ihr sofort meine Aufwartung machen. Ein herrlicher Tag zum Spazierengehen, Cousine, Sie erlauben, daß ich mich Ihnen anschließe?“

„Bitte.“

„Schweigend schritten sie einige Augenblicke Seite an Seite dahin. Der Baron strich sich nicht ohne Nervosität seinen Schnurrbart, er schien etwas auf dem Herzen zu haben, ohne doch den Mut zu finden, seinen Gefühlen Luft zu verschaffen.

„Der Frühling ist so schön, sogar in Berlin,“ begann er endlich, nachdem er vergeblich darauf gewartet, daß Agnes sprechen würde. „Finden Sie nicht auch, liebe Agnes?“

O ja — es ist überaus schön, wenn die Sonne heiter scheint und ein blauer reiner Himmel sich über den Menschen wölbt.“

„Doppelt schön, wenn Anmut und Grazie unter diesem blauen Himmel im verklärenden Lichte seiner Sonnenstrahlen wandeln.“

„Doch an Blumen fehlt's im Revier,
Er nimmt gepuzte Menschen dafür,“

deklamierte die Baronesse mit leichtem Spott, im Hinblick auf ihres Begleiters gewählte Toilette.

Stephan lachte.

„Auch das erste Mal, daß man mich mit einer Blume vergleicht,“ versetzte er verlegen.

„Sie wissen, Vetter, wie es in den Wald hineinschallt, schallt es wieder heraus.“

„Darf ich Ihnen denn nicht auch einmal ein Kompliment sagen?“

„Doch, aber Sie müssen sich auch gefallen lassen, daß ich es Ihnen zurückgebe.“

„O, ich bin garnicht empfindlich —“

„Und ich habe doch auch nur die Wahrheit gesagt.“

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Johs. Stelling. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtlich in Lübeck.